



Österreichische Forschungsförderung für Entwicklungshilfe

Die Österreichische Forschungsförderung für Entwicklungshilfe (ÖFSE) ist die Zentralstelle in Österreich für Dokumentation und Information zu Fragen der Entwicklungsländer, der Entwicklungshilfe und der Entwicklungspolitik. Sie steht allen an diesem Fragenkreis interessierten oder damit befaßten Personen, Gruppen, Institutionen und Firmen zur Verfügung.

Service-Leistungen der ÖFSE:

- Lesesaal mit Präsenzbibliothek, geöffnet Mo–Do 10–17 Uhr, Freitag geschlossen
- 33.000 Bücher und Zeitschriften
- Dokumente, Statistiken, graue Literatur
- Tageszeitungen, Nachrichtenmagazine, wissenschaftliche Zeitschriften
- Nachschlagewerke, Kataloge
LIS-Datenbank (ab ca. 1990;
15.000 Literaturhinweise)
- Recherchemöglichkeit über Internet (<http://www.eza.at/search.html>)
und über Benützer-PCs in der Bibliothek
- Persönliche Beratung
- Anfragebeantwortung
- Kopiermöglichkeit
- ÖFSE-Publikationen

A-1090 Wien, Berggasse 7

Telefon: (+43 1) 317 40 10, Fax: (+43 1) 317 40 15

e-mail: office@oefse.at

Internet: <http://www.oefse.at>

<http://www.eza.at>

2000


ÖFSE

ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Themenschwerpunkt PRSP –
Neue Ansätze zur
Armutsbekämpfung

Die Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

Ausgabe: 2001

Österreichische
 Entwicklungszusammenarbeit



2000

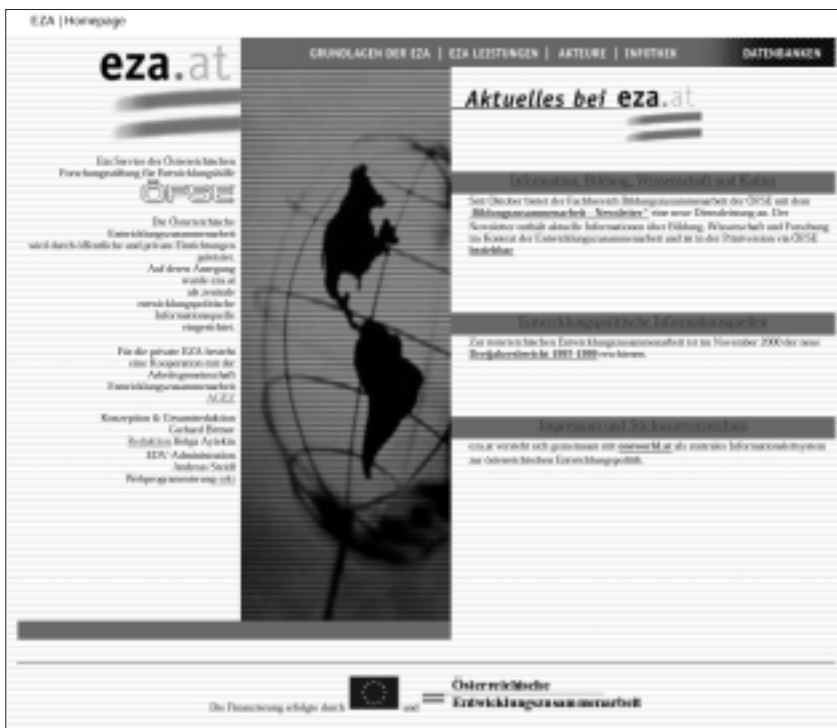
ÖFSE

ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

**Themenschwerpunkt PRSP –
Neue Ansätze zur
Armutsbekämpfung**

Die Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

Stand: Oktober 2001



Aktuelle Informationen über die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit bietet die ÖFSE auf der Homepage:

<http://www.eza.at>

Sie finden dort auch den Latest-stand aller Tabellen und Zahlen dieser Broschüre.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme:
Österreichische Entwicklungspolitik : Berichte, Analysen, Informationen.
 Hrsg. Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe - ÖFSE - 1. Aufl. - Wien : Südwind-Verl., 2001
 ISBN 3-900592-75-6

Gefördert von

**Österreichische
 Entwicklungszusammenarbeit**

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Übersetzung, Vervielfältigung und Verbreitung vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung der ÖFSE reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Impressum:
 Medieninhaber und Hersteller:
 © Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe (ÖFSE)
 A-1090 Wien, Berggasse 7
 Telefon: (+43 1) 317 40 10, Fax: (+43 1) 317 40 15
 e-mail: office@oefse.at
 Internet: <http://www.oefse.at>, <http://www.eza.at>
 Für den Inhalt verantwortlich: Michael Obrovsky
 Redaktion: Karin Küblböck

Die Beiträge geben die Meinung der jeweiligen AutorInnen wieder und müssen nicht mit jener der HerausgeberInnen übereinstimmen.

Cover- und Innengestaltung: GriederGraphik.net
 Coverfoto: HORIZONT3000
 Druck: Facultas, Wien, 2001

ISBN 3-900592-75-6

INHALT

Vorwort	5
THEMENSCHWERPUNKT PRSP – NEUE ANSÄTZE ZUR ARMUTSBEKÄMPFUNG:	
<i>Karin Küblböck:</i>	
PR: Public Relation oder Poverty Reduction?	6
<i>Markus Repnik:</i>	
Die Umsetzung der CDF Prinzipien in den PRSP Prozessen	12
<i>Andreas van Baaijen / Karsten Hackländer:</i>	
Die PRSP-Initiative in Nicaragua – ein mehr als zweifelhafter Erfolg	19
Finanzielle Gesamtleistungen Österreichs an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen	21
Tabelle 1 Finanzielle Gesamtleistungen Österreichs an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen 1998 bis 2000 in Mio S/Mio €	21
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit 2000	22
Tabelle 2 Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) 1995 bis 2000 in Mio S	23
Graphik 1 Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) 1995 bis 2000 in Mio S	23
Graphik 2 Hauptbestandteile der ODA 2000 in Mio S und %	24
Tabelle 3 ODA nach Verwendungszweck 1998 bis 2000 in Mio S	25
Tabelle 4 Aufschlüsselung der Gesamt-ODA nach Verwendungszweck und Finanzierungsquelle 2000 in Mio S	26
Tabelle 5 Entwicklung der Mittel für Programm- und Projekthilfe, Auszahlungen 1995 bis 2000 in Mio S	28
Tabelle 6 Die Programm- und Projekthilfe des BMaA VII nach Verwendungszweck 1998 bis 2000 in Mio S und in %	28
Tabelle 7 Programm- und Projekthilfe für Schwerpunkt- und Kooperationsländer nach Schlüsselregionen, Auszahlungen 1998 bis 2000 in Mio S	29
Tabelle 8 Durchführungsstruktur der Programm- und Projekthilfe, Auszahlungen 1998 bis 2000 in Mio S ..	30
Tabelle 9 ODA Kredite – Übersicht der Nettoflüsse 1998 bis 2000 in Mio S	30
Tabelle 10 Die Empfängerländer der bilateralen EZA Österreichs 2000 in Mio S und in % der bilateralen EZA	31
Tabelle 11 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit 1998 bis 2000 in Mio S	32
II. Sonstige öffentliche Leistungen – Other Official Flows (OOF)	34
Tabelle 12 Exportkredite (OOF) Nettobeträge 1994 bis 2000 in Mio S	34
III. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen	34
Tabelle 13 Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen, Nettobeträge, 1994 bis 2000 in Mio S	34

IV. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	35
Tabelle 14 Zuschüsse privater Organisationen 1995 bis 2000 in Mio S	35
Tabelle 15 Die größten privaten Geber 2000 in Mio S	36
Tabelle 16 Die Empfängerländer privater Zuschüsse 2000 in Mio S	36
Tabelle 17 Die Zuschüsse der NROs 2000, aufgeteilt auf Regionen in Mio S	36
Die öffentliche Österreichische Osthilfe 2000	37
Tabelle 18 Die öffentliche Osthilfe und der ODA-Anteil 1995 bis 2000 in Mio S	39
Tabelle 19 Die Geber der österreichischen Osthilfeleistungen 2000 in Mio S	39
Tabelle 20 Öffentliche Osthilfeleistungen 2000 in Mio S	40
Tabelle 21 Die bilaterale öffentliche Osthilfe 2000, gegliedert nach Sektoren in Mio S	41
Tabelle 22 Die Ostförderung des BMA VII.2e 2000 nach Ländern in Mio S	42
Tabelle 23 Die Ostförderung des BMA VII.2e 2000 nach Sektoren in Mio S	43
Tabelle 24 Die Osthilfe Österreichs im internationalen Vergleich 1999 in Mio US \$	44
Anhang	
Begriffserklärungen	45
DAC-Liste der Empfängerländer – geordnet nach Entwicklungsstand, gültig für Leistungen ab 1. 1. 2000	46
Abkürzungsverzeichnis	47

VORWORT

Seit dem Jahr 1985 veröffentlicht die ÖFSE mit der Broschüre „Österreichische Entwicklungspolitik“ einen Jahresbericht über die Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit in Österreich. Mit dieser Publikation leistet die ÖFSE einen Beitrag zur Transparenz und zum besseren Verständnis der Entwicklungsfinanzierung in Österreich.

Mit dieser Ausgabe verändern wir das Konzept unserer Publikation und beginnen eine neue Form der Darstellung, die es ermöglichen soll, inhaltliche Entwicklungen und internationale Trends im Bereich der Entwicklungsfinanzierung zum Thema zu machen. Die Kontinuität der Daten soll durch die Darstellung der Eckdaten der österreichischen Entwicklungsfinanzierung gewährleistet bleiben. Detailliertere Tabellen bieten wir auf unserer Homepage www.oefse.at an. Bei Bedarf erhalten Sie von den ÖFSE-MitarbeiterInnen zusätzliche Informationen.

Das erste Schwerpunktthema unserer Broschüre untersucht den 1999 von Internationalem Währungsfonds und Weltbank lancierten neuen Ansatz zur Armutsbekämpfung. Grundlage für diesen Ansatz ist die Formulierung eines Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP). **Karin Küblböck**, Mitarbeiterin der ÖFSE, untersucht in einem einleitenden Artikel die bisherigen Entwicklungen sowie Chancen und Risiken der PRSP-Ansatzes. **Markus Repnik**, Konsulent im CDF- Sekretariat der Weltbank, stellt die Frage, ob durch diesen Ansatz ein Paradigmenwechsel stattfindet und geht auch auf die Herausforderungen für bilaterale und multilaterale Geber ein. **Andreas van Baaijen** und **Karsten Hackländer** vom Informationsbüro Nicaragua haben sich den Prozess in Nicaragua genauer angesehen.

Im statistischen Teil gibt **Michael Obrovsky** einen Überblick über die wichtigsten Bereiche der Entwicklungsfinanzierung im Sinne der OECD-Darstellung der finanziellen Gesamtleistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen. Grundlagen sind im Internet auf der OECD-Homepage (www.oecd.org) sowie auf der von der ÖFSE bereitgestellten Informationsseite zur Entwicklungspolitik (www.eza.at) zu finden.

Details zur Programm- und Projekthilfe des BMaA werden ab heuer im **Jahresbericht 2000 über die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit des BMaA** integriert, der neben Tabellen und Graphiken auch konkrete Informationen über Querschnittsaufgaben, die Arbeit in den Sektoren, die Programme nach Ländern und Regionen sowie über die Instrumente der Programm- und Projekthilfe enthält.

Die öffentlich zugänglichen Daten über die sonstigen öffentlichen Leistungen sowie die privaten Leistungen zu marktüblichen Bedingungen werden weiterhin in unserer Broschüre dargestellt.

Aufmerksamkeit wird von **Andreas Loretz** auch den Zuschüssen privater Organisationen eingeräumt, damit die Anstrengungen der zivilen Gesellschaft im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sichtbar werden. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf den Jahresbericht 2000 der KOO, in dem die Leistungen der Mitglieder der KOO detailliert und vergleichbar zu unseren Darstellungen ersichtlich sind (www.koo.at/de/index.shtml).

Das letzte Kapitel beinhaltet die wichtigsten Tabellen zur öffentlichen Osthilfe Österreichs, die ebenfalls **Andreas Loretz** zusammengestellt hat.

Mag^a. Karin Küblböck

Dr. Michael Obrovsky

Karin Küblböck, ÖFSE

PR: PUBLIC RELATION ODER POVERTY REDUCTION?

Die Armutsbekämpfungsstrategien (PRSP) von Währungsfonds und Weltbank

Hintergrund

Bei Betrachtung der Themen Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung stellt sich die Frage nach Spielräumen für eine armutsorientierte Politik in den Entwicklungsländern. Viele arme und ärmste Länder haben diese Spielräume angesichts ihrer Überschuldung nicht. Trotz zahlreicher Entschuldungsinitiativen im Rahmen des Pariser Clubs, d. h. der bilateralen Gläubiger, konnte die Verschuldungsproblematik für die ärmsten Länder nicht gelöst werden.

Der Tatsache, dass auch auf multilateraler Ebene Lösungsansätze geboten werden müssen, wurde von offizieller Seite her erstmals 1996 bei der Präsentation der HIPC-Initiative Rechnung getragen. Bei dieser Initiative handelt es sich um die erste Initiative für eine umfassende Schuldenerleichterung, die sowohl die bilateralen als auch die multilateralen Gläubiger miteinbezog.

Die Kriterien, die ein Land erfüllen musste, um in Genuss einer Entschuldung zu kommen, waren jedoch, wie sich bald herausstellte, viel zu restriktiv. Bis 1998 hatten lediglich vier Länder (unzureichende) Schuldenerleichterungen im Rahmen der HIPC-Initiative erhalten. Zivilgesellschaftliche Organisationen, v. a. die internationale Kampagne Jubilee 2000 machten in diesem Zusammenhang großen Druck, um weitreichenderen Schuldenerlass, u. a. durch eine Verbesserung der HIPC-Initiative, zu erreichen.

Am G7-Gipfel in Köln im Juni 1999, der von einer großen Demonstration für Schuldenerlass und einem weitläufigen Aufgebot von NGO-Parallelveranstaltungen begleitet war, wurde eine Nachbesserung der HIPC-Initiative beschlossen. Mit der konkreten Ausarbeitung der neuen Bedingungen wurden IWF und Weltbank betraut, auch mit der Aufforderung, den Schuldenerlass stärker an eine wirksame Bekämpfung der Armut zu binden.

Der neue Ansatz: Die PRSP-Initiative

Darauffolgend wurden auf der gemeinsamen Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank im September 1999 neue Kriterien für die HIPC-Initiative präsentiert sowie mit der sogenannten

Poverty Reduction Strategy ein neuer Ansatz dieser Institutionen vorgestellt. Dieser Ansatz dient seit diesem Zeitpunkt als Grundlage für Schuldenerleichterungen im Rahmen der HIPC-Initiative sowie als Basis für alle von Währungsfonds und Weltbank vergebenen Kredite für Länder mit niedrigem Einkommen (sog. Low Income Countries).

Erstmals nimmt damit der Internationale Währungsfonds das Ziel der Armutsbekämpfung in seine Agenda auf. Bisher waren die Ziele der Programme des IWF die Herstellung von makroökonomischer Stabilität und Wirtschaftswachstum. Die Armutssagenden oblagen der Weltbank sowie anderen multilateralen und bilateralen Geberorganisationen.

Immer wieder war von Seiten der KritikerInnen auf die negativen Auswirkungen der IWF-Strukturanpassungsprogramme auf die Armutssituation der Länder hingewiesen worden. Weiters wurden die Strukturanpassungsmaßnahmen wiederholt wegen ihres intransparenten und undemokratischen Zustandekommens beanstandet. Der neue Ansatz ist somit als Zugeständnis an die Kritik zu sehen und als Eingeständnis, dass durch die Strukturanpassungsprogramme weder das Ziel des Wirtschaftswachstums erreicht wurde, noch „automatisch“ eine Verringerung der Armut in den jeweiligen Ländern eingetreten ist.

Die Neuerungen

In den letzten Jahren sind von den Internationalen Finanzinstitutionen wiederholt neue Initiativen und Ansätze angekündigt worden, die aber an der eigentlichen Vergabepolitik und den Bedingungen für neue Kredite nichts Wesentliches geändert haben. Der PRSP-Ansatz enthält aber im Vergleich mit der bisherigen Vergabepolitik der internationalen Finanzinstitutionen einige Neuerungen, die in der Folge näher betrachtet werden sollen.

- Armutsbekämpfung soll zum Oberziel für alle Programme von IWF und Weltbank für Länder mit niedrigem Einkommen (LICs) werden.
- Die Basis für die Armutsbekämpfungsstrategie stellt ein sogenanntes Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP) dar. Dabei soll die Armutsbekämpfung laut

Weltbank in einen kohärenten, wachstumsorientierten makroökonomischen Rahmen gestellt werden. Das PRSP soll von den Regierungen der kreditnehmenden Länder ausgearbeitet werden und nicht wie die Programme davor, in den Zentralen der Internationalen Finanzinstitutionen. IWF und Weltbank sollen nur noch eine beratende Funktion einnehmen.

- Eine wichtige Komponente des PRSP-Prozesses ist die Einbindung der zivilgesellschaftlichen Gruppen des Landes in die Formulierung des Programmes.
- Die Formulierung des PRSP durch die jeweilige Regierung mit Beteiligung der Zivilgesellschaft soll dazu führen, dass das „ownership“ dieser Programme erhöht wird, d. h. dass die Regierung und die verschiedenen Interessensgruppen die im Programm formulierten Ziele und Maßnahmen unterstützen und mittragen.
- Alle öffentlichen Geber – also sowohl die anderen multilateralen Institutionen wie z. B. UNO-Organisationen als auch die bilateralen Geber – sollen ihre Kreditvergabe und die Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit koordinieren. Dieser Prozess (von der Weltbank als „Comprehensive Development Framework“ betitelt) soll im PRSP in Form eines konkreten Aktionsprogrammes seinen Niederschlag finden.

Zusammenhang mit den bisherigen Instrumenten des IWF

Die Kreditlinie, aus der Niedrigeinkommens-Länder konzessionelle Kredite erhalten, wurde von ESAF (Enhanced Structural Adjustment Facility) in PRGF (Poverty Reduction and Growth Facility) umbenannt. Zinssatz und Rückzahlungsbedingungen bleiben gleich. Die Bedingung für die Gewährung von Mitteln aus dieser Kreditlinie ist die Formulierung eines PRSP und die Akzeptanz dessen durch IWF und Weltbank. Das PRSP ersetzt somit das Policy Framework Paper des Internationalen Währungsfonds, in dem die verschiedenen Strukturanpassungsmaßnahmen festgesetzt waren. Das PRSP soll alle drei Jahre aktualisiert werden, Fortschrittsberichte sollen jedes Jahr erstellt werden.

Nach Fertigstellung eines PRSP durch die Regierung eines Landes wird das Dokument einer Einschätzung von Währungsfonds und Weltbank unterzogen, einem sogenannten Joint Staff Assessment (JSA).

Im Joint Staff Assessment sollen vor allem folgende Bereiche berücksichtigt werden:

- Diagnose der Armutssituation
- Quantifizierbare Ziele und Monitoring
- (Wirtschafts)politischer Kontext
- Beschreibung des Partizipationsprozesses¹

Das JSA dient als Entscheidungsgrundlage für das Board der Exekutivdirektoren von IWF und Weltbank. Das PRSP muss dann von diesen Gremien genehmigt werden.

Inhalt des Poverty Reduction Framework Papers

Ein PRSP soll folgende Elemente umfassen:

- eine Analyse der Armutssituation des Landes,
- die mittel- und langfristigen Ziele für Armutsreduktion

und darauf aufbauend:

- die durchzuführenden Maßnahmen der Wirtschafts-, Struktur- und Sozialpolitik
- den externen Finanzierungsbedarf und die Hauptfinanzquellen sowie
- Indikatoren zur Erfolgsmessung

Das Programm umfasst einen Zeitraum von 3 Jahren.

Das Interim-PRSP (IPRSP)

Kurz nach der Vorstellung des Armutsbekämpfungsansatzes wurde klar, dass ein umfassendes, partizipatives Armutsbekämpfungsprogramm Zeit erfordert, die Notwendigkeit eines baldigen Schuldenerlasses aber mehr als dringend ist. Das möglichst schnelle Erlangen von Schuldenerlass ist für viele Länder aber oberste Priorität, wodurch sich gleich zu Beginn zeigte, dass die Qualität des Armutsbekämpfungsprogrammes darunter leidet. Daher wurde als Zwischenschritt das sogenannte Interim-PRSP (IPRSP) vereinbart.

Länder, deren Entscheidung für einen Schuldenerlass (Decision Point) unmittelbar bevorsteht, sollen ein IPRSP erstellen. Dieses erfordert keine zivilgesellschaftliche Partizipation.

Ein IPRSP muss folgende Elemente beinhalten

- eine erste Analyse der Armutssituation nach gegenwärtigem Wissensstand
- Beschreibung der derzeitigen Armutsbekämpfungsstrategie
- Beschreibung der Strategie für die Formulierung des endgültigen PRSP
- Beschreibung des geplanten Konsultationsprozesses

Aufgrund des IPRSPs kann auch ein sogenannter Interimistischer Schuldenerlass erfolgen, der dann nach Fertigstellung und Verabschiedung des vollständigen PRSP definitiv gestellt wird.

Alle IPRSPs und PRSPs werden nach Absprache mit der jeweiligen Regierung auf den Homepages der Weltbank und des IWF veröffentlicht:

(www.worldbank.org/prsp; www.imf.org/prsp)

Ursachen für diesen neuen Ansatz der Internationalen Finanzinstitutionen

- Alle OECD-Geberländer haben bereits Mitte der 90er Jahre die Internationalen Entwicklungsziele unterschrieben. Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Initiative von OECD, Weltbank, Währungsfonds und UNO. Darin ist u. a. das Ziel enthalten, die absolute Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren². Die PRSP-Initiative kann somit als gemeinsame Anstrengung gesehen werden, sich diesen Zielen zumindest anzunähern.
- Seit dem Ende des Kalten Krieges sind in der Entwicklungspolitik zwei (zusammenhängende) Trends festzustellen: sinkende Entwicklungshilfeleistungen einerseits sowie mehr Betonung von eigenständiger Entwicklung andererseits:

Angesichts der sinkenden Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit seit Beginn der 90er Jahre mehren sich die Bestrebungen, die verbleibenden Mittel effizienter einzusetzen. In diesem Zusammenhang könnte man auch die größere Bedeutung von „Good Governance“ sehen, da z. B. weniger Korruption bedeutet, dass weniger Geld verschwindet und die Effizienz der eingesetzten Mittel gesteigert werden kann.

Weiters sind auch die Schlagworte „Ownership“ und „Country in the Drivers Seat“ im entwicklungspolitischen Diskurs zu häufig gebrauchten Begriffen geworden. Dies ist einerseits auf die Erkenntnis zurückzuführen, dass Programme, die von außen auferlegt werden und im Land nicht mitgetragen werden, oft zum Scheitern verurteilt sind. Weiters sollen die Länder selbst mehr Verantwortung für ihre Entwicklungsstrategien übernehmen.

- Die Politik des Währungsfonds und der Weltbank steht seit dem Ausbruch der Verschuldungskrise in den 80er Jahren im Kreuzfeuer der Kritik von zahllosen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Mit dem Eintritt James Wolfensohns als Weltbankpräsident änderte sich der Diskurs der Weltbank und es erfolgte auch eine größere Öffnung hin zu zivilgesellschaftlichen Gruppen. Mit der Vorstellung des Comprehensive Development Framework (CDF) wurde eine Initiative für kohärentere Entwicklungsstrategien und verbesserte Geberkoordination gesetzt. Weiters wird seitdem auch vermehrt die Notwendigkeit einer möglichst breiten Beteiligung der BürgerInnen an Entwicklungsprozessen betont.
- Ein im Mai 2001 veröffentlichter Evaluierungsreport des US-amerikanischen Rechnungshofs legt auch einen weiteren Grund dar – weitere Einsparung von Entwicklungshilfegeldern: Wenn die Länder erfolgreiche Armutsbekämpfungsprogramme absolvieren und sich die Armutssituation verbessert, erfüllen sie auch nicht mehr die Kriterien für konzessionelle Kredite (also Kredite zu besseren Konditionen als den Marktbedingungen), und der Internationale Währungsfonds benötigt weniger Geld von seinen Mitgliedern.

Die Chancen und Risiken der neuen Strategie

Ein weiteres Instrument der Konditionalität

Im Kern stellt das PRSP ein weiteres Instrument der Konditionalität dar und wird in vielen Ländern als ein Dokument gesehen, das erstellt werden muss, um Zugang zu Entschuldung und zu Krediten des IWF und der Weltbank zu bekommen, und nicht als ein Prozess, der es

Ländern erlaubt, ihre eigenen Prioritäten für Armutsbekämpfung und Budgetgestaltung setzen zu können.

Einerseits kann somit das PRSP den Schuldenerlass weiter hinausschieben, andererseits verhindert die Bindung an den Schuldenerlass, dass die Formulierung mit der notwendigen Zeit und Sorgfalt geschieht, worunter die Qualität des Programms leidet. Dazu kommt, dass für die Erstellung des PRSP zwar das Ausmaß der Armut in dem jeweiligen Land analysiert werden muss, dieses aber keinen Einfluss auf die Höhe des Schuldenerlasses hat.

Unterschied zur bisherigen Strukturanpassung?

Die große Frage, die sich gleich zu Beginn der Präsentation des PRSP-Ansatzes stellte war, ob die Programme, die nicht den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Internationalen Finanzinstitutionen entsprechen, dennoch genehmigt würden. IWF und Weltbank versicherten darauf, dass die Formulierung des Programmes wirklich dem Land obliegen soll, und dass auch abweichende Programme angenommen werden würden.

Ob dies tatsächlich der Fall ist, wird schwer nachweisbar sein: Regierungen, die dringend Ressourcen benötigen, werden geneigt sein, Strategien zu formulieren, bei denen sie wissen, dass sie den Vorstellungen von IWF und Weltbank entsprechen – auch wenn diese in Konflikt mit den eigenen Prioritäten für Armutsbekämpfung und Budgetgestaltung sowie mit den Resultaten des Konsultationsprozesses stehen.

Der US-amerikanische Rechnungshof untersuchte die PRSPs dreier Länder (Honduras, Benin und Albanien) und kam zu dem Ergebnis, dass diese nicht wesentlich von den vom IWF formulierten Strukturanpassungsprogrammen abwichen. Weder war eine Einschätzung der sozialen Auswirkungen der durchzuführenden Reformen enthalten noch Maßnahmen, um negative Effekte abzumildern.

Auch andere Erfahrungen zeigen, dass die PRSPs weiterhin von den traditionellen Zutaten der Strukturanpassungspolitik dominiert werden. Armutsbekämpfung beschränkt sich meist auf Ausgaben für Gesundheit und Bildung, sowie die Ausweitung sozialer Si-

cherheitsnetze. Die Auswirkungen der Spar/Strukturanpassungspolitik, ihre GewinnerInnen und VerliererInnen, werden nicht berücksichtigt (Selvaggio, 2001, 6).

Die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen makroökonomischer Politik und Armutsbekämpfung müssen in diesem Zusammenhang noch genauer untersucht werden. Obwohl makroökonomisches Gleichgewicht sowie gesamtwirtschaftliches Wachstum zweifellos wichtig sind, beeinflussen auch Faktoren wie die sektorale Struktur des Wachstums, die Steuerpolitik und die Vermögens- und Einkommensverteilung die möglichen Auswirkungen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf die Armutsreduktion. Ein zu strenges Einhalten von Stabilitätskriterien kann sogar laut US-amerikanischem Rechnungshof Wachstum verhindern (GAO, 2001, 7).

Konsultationsprozess

Die Einführung einer verpflichtenden Konsultation mit der Bevölkerung stellt zweifellos einen Fortschritt der Politik v. a. des Internationalen Währungsfonds dar. Bei der konkreten Durchführung und dem effektiven Einfließen der Ergebnisse in das Armutsbekämpfungsprogramm gibt es bisher sehr unterschiedliche Erfahrungen.

- Die Beteiligung an der Formulierung von Armutsbekämpfungsprogrammen verlangt Fähigkeiten und Know How, das in den meisten Fällen in den zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht oder nur unzureichend vorhanden ist. Die Entwicklung der notwendigen Fähigkeiten für die beteiligten Gruppen ist somit von großer Bedeutung. NGOs aus dem Norden, wie z. B. Misereor oder Oxfam, unterstützen bereits ihre Partnerorganisationen bei dieser Aufgabe.
- Die Bereitschaft der Regierungen, die gesellschaftlichen Gruppen und Akteure („stakeholders“) am Formulierungsprozess zu beteiligen variiert sehr stark. In einigen Fällen wird Konsultation und Partizipation ernst genommen, in anderen Fällen erfolgt eine „pro-forma“-Konsultation, weil dies eben Bedingung für die Gewährung des PRSP ist, ohne Auswirkungen auf das Programm selbst.

So gab es z. B. in Uganda und Tansania schon vor der Einführung der PRSP-Initiative recht erfolgreiche Beteiligungsprozesse bei der Formulierung von Armutsbekämpfungsprogrammen. In Kenia und Sambia lief zwar der Beteiligungsprozess nicht optimal, doch führte das Programm zu dem positiven Nebeneffekt, zu einem Bewusstseinsbildungsprozess und einer Mobilisierung von zivilgesellschaftlichen Gruppen beizutragen. In Nicaragua wurden die Inputs der Zivilgesellschaft in keinster Weise berücksichtigt, das PRSP wurde schon vor der Konsultation mit der Zivilgesellschaft an IWF und Weltbank geschickt³, auch in Honduras besprach die Regierung ihre Armutsd Diagnose vorher mit den Internationalen Finanzinstitutionen und erst dann mit der Zivilgesellschaft.

- Insgesamt gibt es die Tendenz, die nationalen Parlamente bei der Formulierung der Armutsbekämpfungsprogramme nicht einzubinden.
- Eine Herausforderung wird auch die Rolle der zivilgesellschaftlichen Gruppen bei der Beobachtung der Implementierung der im PRSP formulierten Maßnahmen sein. Eine Studie des Overseas Development Institute vom Mai 2001 hält fest, dass „Monitoring arrangements have generally been the last thing to be considered within PRSP processes“ (ODI, 2001, 6).

Drivers Seat?

In vielen Ländern ist eine Überforderung durch den PRSP-Prozess zu erkennen, wie sich z. B. bei einem Treffen der Finanzminister der HIPC-Staaten im Juni 2001 in London zeigte (DRI, 2001, 2). So gibt es wenig Know How über die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftspolitik und Armutsbekämpfung. Oft sind weder die notwendigen statistischen Informationen noch Analyseinstrumente vorhanden. Dies führte in manchen Fällen sogar dazu, dass IWF und Weltbank mit dem Entwurf der Programme betraut werden. Auch insgesamt ist die Rolle von IWF und Weltbank bei der Formulierung der Papiere viel größer als sie dieses in ihren Strategiepapieren gerne angeben.

Übergang von IPRSP zu PRSP

Die Formulierung des IPRSP erfolgt wie bereits erwähnt unter großem Zeitdruck und ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft. Die geplanten Maßnahmen müssen im IPRSP teilweise schon ausgewiesen werden. Es liegt somit nahe, dass das IPRSP bestehenden Strategiedokumenten – wie z. B. dem Policy Framework Paper (PFP) des Internationalen Währungsfonds – sehr ähnlich ist. Ist das IPRSP einmal festgeschrieben, liegt es nahe, dass die Inhalte unverändert in das PRSP übernommen werden und die Positionen der Zivilgesellschaft nicht einfließen können. Genau dies scheint z. B. in Burkina Faso passiert zu sein (Eurodad, 2000, 9).

Zusammenhang zwischen bereits bestehenden Armutsstrategien und dem PRSP

In einigen Ländern, wie zum Beispiel in Tansania, Uganda oder Mosambik wurde schon vor einiger Zeit – unabhängig von der PRSP-Initiative – ein partizipativer Prozess zur Formulierung einer Armutsbekämpfungsstrategie eingeleitet. Anstatt auf diesen Mechanismen aufzubauen, wurde aufgrund der strengen Auflagen und des Zeitdrucks ein eigener PRSP-Prozess begonnen, was einerseits, wie z. B. in Tansania oder Mosambik (Eurodad, 2000, 4) die bestehenden Prozesse unterminierte bzw. die Anstrengung und Ressourcen verdoppelte. Der PRSP-Prozess war in Tansania sogar weniger konsultativ und weniger an Armutsreduktion orientiert als das bei anderen Prozessen in den Vorjahren der Fall gewesen war (ODI, 2001, 4). Selbst Uganda, dessen PEAP (Poverty Eradication Action Program) das wahrscheinlich am besten ausgearbeitete Armutsbekämpfungsprogramm der PRSP-Länder ist, hat zusätzlich dazu noch ein eigenes PRSP formuliert.

Geberkoordination

Das PRSP soll auch den Rahmen für ein einheitliches und koordiniertes Vorgehen der verschiedenen bilateralen und multilateralen Geber vorgeben. Eine Bereitschaft, sich in diesen Prozess einzugliedern würde bedeuten, mehr Mittel und diese für längere Zeiträume verbindlich zuzusagen sowie die Länderstrategien den

PRSPs unterzuordnen und Projekte vermehrt in Sektorprogramme zu integrieren⁴.

Die Frage ist, wie groß der Wille der verschiedenen Geber für wirkliche Politikkoordination ist und ob dieser größer ist als die Eigeninteressen hinsichtlich Einfluss und Sichtbarkeit der jeweiligen Leistungen vor Ort.

Ein wichtiger Schritt wäre bereits die Koordination der PRSP-Fortschrittsberichte und Evaluierungen der einzelnen Geber, da durch viele Einzelaktivitäten und die damit verbundenen Anforderungen enorm viele Kapazitäten in den jeweiligen Ländern gebunden werden.

Nationale und internationale Rahmenbedingungen

Die Ursachen für die hohe Armut in den verschiedenen Ländern sind vielfältig, und die Probleme, um die Armut zu bekämpfen, sind nicht nur von technischer Natur, auch gesellschaftliche Kräfteverhältnisse spielen eine bedeutende Rolle. Eine Weltbankstudie⁵ hat z. B. ergeben, dass in Programmen jene Reformen nicht erfüllt werden, die sich nachteilig auf einflussreiche Akteure und Interessensgruppen auswirken würden (Weltbank 2001).

Auch die internationalen Rahmenbedingungen haben einen bedeutenden Einfluss auf den potentiellen Erfolg einer Armutsbekämpfungsstrategie. Hier ist die Frage, wieviel Spielraum für eigenständige Politik und Prioritätensetzung im Rahmen einer fortschreitenden ökonomischen Globalisierung im Allgemeinen und den WTO-Verträgen im Speziellen überhaupt übrig bleibt. Gerade die ärmsten Entwicklungsländer zählen hier tendenziell zu den Verlierern.

Um dem gegenzusteuern, wäre eine globale Politik vonnöten, die die Interessen aller Länder und ihrer Bevölkerung berücksichtigt. Die Internationalen Finanzinstitutionen wären globale politische Kooperationsinstitutionen, innerhalb derer eine solche Politik des Ausgleichs gemacht werden könnte. „Weder die mangelnde Globalität noch die mangelnde Kooperation sind das Problem, sondern der Inhalt der globalen Politik und die ungleichen Kräfteverhältnisse bei ihrer Festsetzung und Durchsetzung.“ (Huffs Schmid, 2001, 6).

In diesem Sinn können die Armutsbekämpfungsstrategien nur nachhaltigen Erfolg zeigen, wenn auch international die geeigneten Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden.

Literatur

- Bread for the World Institute (Juni 2001): Debt Relief in Africa: Is it Working? A Civil Society View: The Experience of Uganda, Tanzania and Mozambique, Dossier # 6,*
- Debt Relief International (DRI) (2001): HIPC Debt Strategy, Issue 9, 3rd Quarter 2001*
- European Network for Debt and Development (EURODAD) (September 2000): Poverty Reduction Strategies: What have we learnt so far?, Url: www.eurodad.org/2poverty/indexpoverty1.htm*
- Globalization Challenge Initiative (Oktober 2000): News & Notices for IMF and World Bank Watchers, Volume 2, Number 3, 2000, Url: www.challengeglobalization.org/html/news_notices/fall2000/fall2000_03.shtml*
- Huffs Schmid, Jörg (Juli 2001): Wir brauchen eine neue Reformpolitik, in: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, 7/8 2001, S. 6–7, Bonn*
- Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank (April 2001): Guidelines for Joint Staff Assessments of a Poverty Reduction Strategy Paper, Washington*
- IWF (August 2000): Key Features of IMF Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF) Supported Programs, Url: www.imf.org/external/np/prgf/2000/eng/key.htm*
- IWF (Mai 2001): The IMF's Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF), A Factsheet, Url: www.imf.org/external/np/exr/facts/prgf.htm*
- Overseas Development Institute (Mai 2001): PRSP Institutionalisation Study, Third Progress Report, Url: www.odi.org.uk/pppg/progress_report3.pdf*
- PRS-Listserve (4.9.2001): Up date on PRSP in Nicaragua, Listserve-Archiv: Url: www.eurodad.org*
- Selvaggio, Kathleen (Juni 2001): Von der Verschuldung zur Armutsbekämpfung, CIDSE und Caritas Internationalis, Brüssel/Vatican*
- United States General Accounting Office (GAO) (Mai 2001): Few Changes Evident in Design of New Lending Program for Poor Countries, Washington, DC; Url: www.gao.gov/new.items/d01745t.pdf*
- Weltbank (März 2001): Aid and Reform in Africa – Lessons from Ten Case Studies – Url: www.worldbank.org/research/aid/africa/release/aid.htm*

1 Details siehe http://www.challengeglobalization.org/html/news_notices/fall2000/fall2000_03.shtml

2 Ausgehend vom Jahr 1990. Näheres siehe: www.development-goals.org

3 siehe Artikel zu Nicaragua in dieser Publikation

4 Siehe dazu auch den Artikel von Markus Repnik in dieser Publikation

5 *Aid and Reform in Africa – Lessons from Ten Case Studies*

Markus Repnik, CDF-Sekretariat, Weltbank

DIE UMSETZUNG DER CDF-PRINZIPIEN IN DEN PRSP-PROZESSEN

Findet der Paradigmenwechsel statt?

Als Weltbank-Präsident Wolfensohn Anfang 1999 das Comprehensive Development Framework (CDF) lancierte wurde dies von vielen als die endgültige Anerkennung eines neuen Entwicklungsparadigmas zur effektiveren Bekämpfung weltweiter Armut betrachtet (Weltbank 1999). Wolfensohn fasste zusammen, was sich im Verlauf der Jahre als „good practice“ der internationalen Entwicklungszusammenarbeit herauskristallisierte, nämlich dass Entwicklung nicht rein (makro-)ökonomisch betrachtet werden kann, sondern dass vielmehr ein holistischer Ansatz zur Armutsbekämpfung erforderlich ist. Als operatives Instrument zur Umsetzung des CDF in den Least Developed Countries lancierten Weltbank und IMF im Herbst 1999 die Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP).

Mit dem CDF und den auf dem CDF basierenden PRSPs setzte Wolfensohn, nicht nur für die Arbeit der Weltbank, neue Qualitätsmaßstäbe. Was sind diese neuen Maßstäbe, an denen Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit gemessen werden? Was sind die ersten Erfahrungen und neuen Herausforderungen der ca. 40 Länder, die bisher PRSP-Prozesse lanciert haben? Wie hat sich die internationale Gebergemeinschaft auf dieses neue Entwicklungsparadigma eingestellt? Und vor allem, welche Schritte hat die Weltbank gesetzt um diesen neuen Ansatz zu unterstützen und vor welchen Herausforderungen steht die Weltbank? (Weltbank 9/2000; 4/2001; 8/2001)

1. Die neuen Qualitätsmaßstäbe

Der CDF basiert auf 4 Prinzipien:

- Langzeitvision und mittelfristige Strategie: Die Entwicklung eines Landes soll holistisch betrachtet werden und soll auf einer nationalen langfristig orientierten Vision basieren, die in mittelfristige Entwicklungsstrategien umgesetzt werden soll. PRSPs stellen ein Instrument dar, diese armutsorientierten mittelfristigen Entwicklungsstrategien in den Least Developed Countries zu formulieren.
- National ownership: Entwicklung kann nur dann nachhaltig sein, wenn „the country in the driver's seat“ ist. Das heißt, die Fähigkeit einer Regierung, den Entwicklungsprozess ihres Landes – unter Einbeziehung aller relevanten nationalen Stakeholders

(inkl. Zivilgesellschaft und Privatsektor) – selbstbestimmt zu steuern, soll gestärkt werden.

- Entwicklungsergebnisse: Entwicklung ist ein Lernprozess. Lernen ist allerdings nur dann möglich, wenn der Wirksamkeit von Maßnahmen gezielt Aufmerksamkeit geschenkt wird. Ein viel stärkerer Fokus auf Monitoring von Ergebnissen der nationalen Entwicklungsprozesse ist erforderlich, wobei die Wirksamkeit im Hinblick auf die Armutsbekämpfung betrachtet werden soll.
- Internationale Partnerschaft: Die internationale Gebergemeinschaft soll viel enger zusammenarbeiten, ihre Kräfte bündeln und entsprechend jeweiliger komparativer Vorteile die nationale Entwicklungsstrategie gezielter unterstützen.

Diese eng miteinander verwobenen Prinzipien stellen das Verständnis von Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit auf eine neue Grundlage, implizieren aber auch signifikante Veränderungen, nicht nur für die Entwicklungsländer, sondern vor allem auch für die Gebergemeinschaft und die Weltbank.

2. Erfahrungen und Herausforderungen der Partnerländer

2.1 Generelle Trends

Einige Länder wie Burkina Faso, Ghana, Guinea, Mauritien, Mosambik, Ruanda, Uganda und Vietnam konnten in der Umsetzung der CDF-Prinzipien in den PRSP-Prozessen relativ gute Erfolge erzielen. Trotz dieser Teilerfolge zeigt sich aber auch, dass die Realisierung der CDF-Prinzipien schwierig ist und dass sowohl die Partnerländer als auch die Gebergemeinschaft am Beginn von tiefgreifenden und längerfristigen Veränderungsprozessen stehen. Eine besondere Rolle kommt dabei den Gebern zu. Es genügt nicht, nur die (Miss)Erfolge der Partnerländer zu bewerten. Vielmehr haben sich die Geber die systemische Frage zu stellen, inwiefern die Probleme der Partnerländer in den PRSP-Prozessen nicht auch Spiegelbild der Politik, Prozesse und Verhalten der Geber darstellen.

2.2 Langzeitvision und mittelfristige Strategie

Die PRSP-Dokumente stellen den Rahmen für die Partnerländer dar, ihre mittelfristige armutsorientierte Ent-

wicklungsstrategie zu formulieren. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass in weniger als der Hälfte der Länder, die bisher PRSP-Prozesse lanciert haben, diese mittelfristige Strategie auf einer langfristig orientierten Vision über die Entwicklungsperspektiven des Landes basiert. Trotz bester Absichten finden es viele Regierungen schwer, langfristig orientiertes strategisches Denken mit den PRSP-Prozessen zu verbinden.

Die nationalen Entwicklungsvisionen und -strategien sollten auf die Umsetzung der Entwicklungsziele ausgerichtet sein. Während die meisten der PRSP-Länder diese Entwicklungsziele anerkennen, wird von den Ländern die Notwendigkeit hervorgehoben, dass die IDGs auf die nationalen Bedürfnisse angepasst und re-interpretiert werden müssen.

Die ersten Erfahrungen zeigen weiters, dass sektorübergreifende Verknüpfungen in den PRSPs sowie die Verknüpfung der PRSPs mit den jährlichen Haushaltsplänen und deren Prioritätensetzungen ein größeres Problem für die Länder darstellt. Der Prozess der Strategieformulierung ist weiters oft geprägt von kurzfristigen makroökonomischen Notwendigkeiten und die Ausbalancierung von makroökonomischen, sozialen und strukturellen Aspekten von Entwicklung gestaltet sich oft als schwieriger Prozess. All diese Probleme spiegeln selbstverständlich auch nationale Kapazitätsengpässe wider.

Als zentrales Thema hat sich der enorme Zeitdruck, unter denen die Partnerländer ihre PRSPs entwickeln sollen, herauskristallisiert. Besonders der Druck, möglichst schnell die Entschuldungsmöglichkeiten der Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative in Anspruch zu nehmen, bereitete einen starken Anreiz für die HIPC Länder, die PRSP-Prozesse möglichst schnell „durchzuziehen“. Die Gebergemeinschaft hat dieses Spannungsverhältnis zwischen kurzfristiger Entschuldungsnotwendigkeit und Qualität von PRSP anerkannt und die Weltbank und IMF haben die PRSP-Prozesse modifiziert. Die Einführung der sogenannten Interim PRSPs (I-PRSPs) erlaubt den Partnerländern nun mehr Flexibilität und Zeit, um zu fundierteren PRSPs zu gelangen. Aber trotz der Einführung der I-PRSPs bleibt das zugrundeliegende Spannungsverhältnis bestehen.

Die meisten Länder benötigen eine konzentrierte

Unterstützung der Gebergemeinschaft, um die erwähnten konzeptionellen und praktischen Herausforderungen der vielschichtigen Verknüpfungen (langfristig-kurzfristig, makroökonomisch-sozial-strukturell, inter-sektorell) zu meistern. Die gemeinsame Unterstützung der Geber sollte die Länder besser befähigen, diese Verknüpfungen und die sich ergebenden Prioritäten in den PRSPs darzulegen. Das Ausmaß, in dem diese Prioritäten auf den IDGs basieren, sollte Ergebnis dieser Prozesse sein und nicht von der Gebergemeinschaft aufgezwängt werden.

2.3 National Ownership

Die Stärkung von Ownership ist das Kernstück des CDF. Die Entwicklung der PRSPs sollte auf möglichst breit angelegten partizipativen Prozessen beruhen, die die Basis für die Diskussion über die nationale Entwicklungsstrategie in den Parlamenten darstellen sollen. Die bisherigen Ergebnisse sind relativ vielversprechend, und in den meisten PRSP-Prozessen wurden wichtige nationale Stakeholder inkludiert. Die zunehmende Einbeziehung der Zivilgesellschaft, wenn auch ausgehend von einem niedrigen Niveau, hat zur Stärkung der Ownerships beigetragen.

Trotz dieser Erfolge bestehen beträchtliche Herausforderungen. Die Erfahrung zeigt, dass Ownership abhängig ist von nationaler Kapazität. Diese Kapazität, z. B. in der Formulierung und Implementierung nationaler Entwicklungsstrategien, ist oft schwach ausgeprägt. Ein anderer Bereich wo bisher geringe Fortschritte erzielt wurden, ist die Verknüpfung der partizipativen Prozesse zur Entwicklung der PRSPs mit den bestehenden nationalen Institutionen, und oft fehlt auch ein klarer follow-up Prozess zu den Konsultationen. Diese Brücke zu schlagen ist sicherlich eine der größten Herausforderungen für die Länder, die sich auf dem Weg von den I-PRSPs zu den PRSPs befinden.

Die nationalen Parlamente sind in den meisten Ländern nicht in die PRSP-Prozesse eingebunden. Ebenso ist die Einbeziehung des Privatsektors in vielen Ländern nicht erfolgt – in lediglich ca. 1/3 der PRSP-Prozesse spielt der Privatsektor eine Rolle. Gleichzeitig ist jedoch die Unterstützung des Privatsektors bei der Umsetzung der PRSPs von großer Bedeutung.

Die Gebergemeinschaft sollte deshalb vermeiden, ad-hoc Konsultationsprozesse – d. h. nationale Konsultationen ohne klare und transparente Verknüpfungen zu bestehenden nationalen Institutionen und ohne klare follow-up Prozesse – zu unterstützen. Ad hoc Konsultationen können sonst leicht zu Prozessen degradieren, in denen die Regierung versucht, ihre bereits vorab getroffenen Prioritätsentscheidungen zu rechtfertigen. Die Regierungen wiederum haben die Verantwortung, die nationalen Konsultationsprozesse möglichst breit anzulegen, diese Prozesse ernst zu nehmen und ein entsprechendes follow-up zu gewährleisten.

2.4 Entwicklungsergebnisse

Auch bei der Umsetzung dieses Prinzips sind die Fortschritte bescheiden. Dies hat mehrere Gründe, aber das grundsätzliche Thema dabei ist, dass Regierungen solange nicht in der Lage sein werden, outcome-orientierte Managementsysteme aufzubauen, solange die dazu benötigte Bereitschaft und Infrastruktur nicht ausreichend vorhanden ist.

Weniger als die Hälfte der PRSP Länder verfügt über adäquate Informationssysteme zur Koordination der Entwicklungsprogramme, und nur in einem Viertel der Länder haben die Regierungen Mechanismen entwickelt, um die Erreichung der Ergebnisse auch zu verfolgen. Grundsätzlich ist allerdings auch festzuhalten, dass für alle Akteure der Entwicklungszusammenarbeit ein großer Lernbedarf bezüglich Verknüpfungen zwischen Strategien, Programmen, Aktivitäten und Ergebnissen besteht. Zum Teil lässt sich der geringe Fortschritt aber auch damit erklären, dass vielen Ländern die entsprechenden Monitoring Kapazitäten fehlen und oft die Monitoringsysteme der Geber als von außen aufgezwungen wahrgenommen werden.

Ein weiteres Thema ist die Offenheit der Informationssysteme. Nur wenige Länder machen relevante Entwicklungsinformationen transparent und zugänglich für alle Stakeholder. Gleichzeitig wächst durch die PRSP-Prozesse der öffentliche Druck in den Ländern auf die Regierungen. Größere Transparenz und Regierungsverantwortung wird eingefordert. Wie bereits erwähnt, wecken breitere nationale Dialogprozesse Erwartungen

in der Zivilgesellschaft, und in mehreren Ländern organisieren sich NGOs und Vertreter der Zivilgesellschaft, um den PRSP-Prozess zu beobachten.

2.5 Internationale Partnerschaft

An Äußerungen der Gebergemeinschaft, ihre Unterstützungsleistungen auf die in den PRSPs formulierten nationalen Entwicklungsstrategien auszurichten und untereinander abzustimmen, mangelt es nicht. In der praktischen Arbeit der Geber auf Länderebene ist davon jedoch noch nicht allzuviel zu sehen. Die erzielten Fortschritte zur Stärkung der Partnerschaft innerhalb der Gebergemeinschaft und zwischen den Gebern und den Ländern sind gering. So konnten bisher in lediglich ca. $\frac{1}{3}$ der PRSP-Länder Fortschritte hinsichtlich einer erhöhten Selektivität der Geberleistungen erzielt werden. Diese geringen Fortschritte lassen sich zum Teil allerdings auch damit erklären, dass die Partnerländer Zeit brauchen, ihre nationalen Entwicklungsstrategien, an denen sich dann die Geberunterstützung orientieren soll, zu formulieren.

Die Partnerländer ihrerseits müssen ihren Beitrag zur Verbesserung der Partnerschaft leisten. Sie haben die Verantwortung, ein positives Klima zu schaffen, innerhalb dessen sich Partnerschaft entwickeln kann. Dazu zählt, dass die Regierung Schritte setzt, um die Absorption von externer Unterstützung zu verbessern, z. B. durch ein verbessertes Finanzmanagement. Dazu zählt aber auch, dass die Regierungen eine stärkere Rolle in der Geberkoordination übernehmen und die Koordinierungsprozesse transparent und integrativ gestalten. Die bisherigen Erfahrungen in den PRSP-Ländern zeigen, dass immerhin in ca. der Hälfte der Länder adäquate Koordinationsmechanismen zwischen der Regierung und den Gebern existieren.

Um größere und schnellere Fortschritte zu erzielen, hat die Harmonisierung der Geber auf unterschiedlichsten Ebenen absolute Priorität. Dies trifft auch auf die Weltbank zu, die ihre Beziehungen mit den anderen bilateralen und multilateralen Gebern und dem UN System weiter stärken muss. Diesen Auftrag erhielt die Weltbank vom Development Committee im April 2001 (Weltbank 4/2001, Paragraph 6).

3. Erfahrungen und Herausforderungen der Gebergemeinschaft

3.1 Generelle Trends

Die CDF-Prinzipien haben Eingang in die Politik der meisten Geber gefunden, gleichzeitig ist die praktische Umsetzung dieser Prinzipien in der Arbeit der Geber, auf Ebene der Partnerländer, nicht weit fortgeschritten. Welche Bürde die Arbeit der Geber für die Partnerländer darstellt, verdeutlicht das Beispiel Tansania. Noch vor kurzem musste das Land 2.400 vierteljährliche Berichte für seine Geber produzieren und über 1.000 Gebermissionen pro Jahr empfangen. Welchen Anteil diese „Befriedigung“ der Geber an der gesamten Kapazität der Verwaltung des Landes bindet, lässt sich leicht ausmalen, und Tansania ist nicht alleine. Auch die PRSP-Prozesse konnten bisher nicht wesentlich zur Reduktion dieser absurden Ausprägung der gegenwärtigen Form von Entwicklungszusammenarbeit beitragen.

Die Herausforderungen für die Gebergemeinschaft, neue Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln sind enorm. Die PRSP-Prozesse stellen dabei eine einmalige Gelegenheit dar, die Geberleistungen gezielt zur Unterstützung der nationalen Entwicklungsstrategien anzupassen und zu harmonisieren.

3.2 Ausrichtung der Geberleistungen auf die nationalen Entwicklungsstrategien der PRSPs

Die PRSPs stellen die neue Basis für externe Unterstützungsleistungen der Geber und deren Anpassung an die von den Ländern gesetzten Prioritäten dar. Die PRSPs werden somit zum organisatorischen Rahmen für koordinierte Geberleistungen und Schwerpunktsetzungen entsprechend komparativer Vorteile der Geber. Grundsätzlich sollten die Geber bedeutend stärker auf die von den Ländern entwickelten Entwicklungsstrategien vertrauen, anstatt eigene Entwicklungsstrategien aufzuoktruieren. Die Existenz von fundierten Entwicklungsstrategien in Form von PRSPs ist die beste Voraussetzung für eine verbesserte Ausrichtung und Abstimmung der Geber. Burkina Faso, Ghana, Guinea, Uganda und Vietnam sind Beispiele für solche fundierte Entwicklungsstrategien.

In den letzten Monaten haben immer mehr Geber die Veränderung der Rolle ihrer Unterstützungsstrategien für die Länder angekündigt. Gestärkt wurde dieser Prozess durch den Bericht der G7-Finanzminister für den Genua-Gipfel im Juli 2001. Auch UNDP stellte kürzlich klar, dass das UN Development Assistance Framework (UNDAF) das Instrument der UNO in Richtung mehr Kohäsion der UN-Leistungen ist und dazu dienen soll, die nationale Entwicklungsstrategie eines Landes zu unterstützen (G7-Finanzminister, 2001). Eine Reihe bilateraler Geber, vor allem die Mitglieder der sogenannten Utstein Group (Deutschland, Niederlande, Norwegen, Großbritannien) und die EU, haben ebenfalls die Intention erklärt, ihre Landesprogramme explizit an die jeweiligen nationalen Entwicklungsstrategien anzupassen.

Die Verpflichtung der Geberorganisationen, ihre Unterstützungsleistungen anzupassen, ist ein notwendiger Schritt der Geber in Richtung Verlagerung ihrer Landesprogrammierung von den Zentralen in die jeweiligen Länder. Diese Verpflichtung muss jedoch noch umgesetzt werden und sich in den jeweiligen Länderaktivitäten der Geber reflektieren. Der Prozess sollte genauestens beobachtet und evaluiert werden, da die PRSP-Prozesse bisher nicht zu einer signifikanten Änderung der operativen Politik der Geber zugunsten einer gezielten Unterstützung der Entwicklungsstrategien der Länder geführt haben.

3.3 Ausrichtung der analytischen Arbeit der Geber auf die nationalen Entwicklungsstrategien der PRSPs

Eine positive Erfahrung in den PRSP-Prozessen sind „Participatory Poverty Assessments“ die mehrere Geber und die Zivilgesellschaft der Länder involvieren. In Uganda und Vietnam bildeten diesen „Poverty Assessments“ die Grundlage für die Formulierung der nationalen Entwicklungsstrategien.

Trotz dieser vereinzeltten Erfolge hat die Gebergemeinschaft bisher wenig Augenmerk auf nationales „Capacity Building“ gelegt, das für die Durchführung gemeinsamer analytischer Arbeit erforderlich ist. Effektives „Capacity Building“ erfolgt dabei vor allem dadurch, wie die externen Unterstützungsleistungen er-

bracht werden. Diese Leistungen der Geber sollten in einer Form erfolgen, die die nationalen Kapazitäten und Institutionen stärken. Die Regierungen der Partnerländer werden die Ergebnisse analytischer Arbeit als Orientierung für ihre Politikentscheidungen nur dann akzeptieren, wenn nationale Institutionen in diese Prozesse signifikant eingebunden sind (Weltbank 6/2001, SecM2001-0431).

3.4 Harmonisierung der Sektorarbeit

Die relativ gesehen größten Fortschritte in der Form der Geberzusammenarbeit in den PRSP-Prozessen sind auf der Sektorebene anzutreffen. Sektorarbeitsgruppen in Vietnam und Ghana, von der Regierung geleitet und unterstützt von jeweiligen Hauptgebern und mit einer breiten Partizipation nationaler Stakeholder stellen erfolgreiche Beispiele dar.

Unter den Gebern ist auch ein wachsendes Interesse an Sector Wide Approaches (SWAPs) festzustellen, teilweise unterstützt durch gemeinsame Finanzierungsvereinbarungen, um strategische Sektorziele zu erreichen. Einige afrikanische Länder, wie Ghana, Malawi, Mosambik und Tansania, arbeiten mit interessierten Gebern an der Anwendung dieses Ansatzes. Eine wesentliche Barriere zur Erzielung weiterer Fortschritte in der Harmonisierung der Sektorarbeit liegt jedoch in der vor allem von bilateralen Gebern verfolgten Politik, dass deren Unterstützungsleistungen sichtbar und abgrenzbar bleiben sollen.

Um den Impakt externer Unterstützungsleistungen zu erhöhen, muss verstärkt Augenmerk darauf gelegt werden, neue und innovative Formen der Zusammenarbeit, wie die Sector Wide Approaches, weiterzuentwickeln, um die mit hohen Kosten verbundene Fragmentierung der Geberleistungen auf Sektorebene zu reduzieren.

3.5 Institutionelle Harmonisierung

Die Erfahrungen in den PRSP-Prozessen zeigen auch, dass auf institutioneller Ebene die Harmonisierung von operationalen Politiken, Prozessen und Praktiken der Geber der Schlüssel ist, um Ownership zu unterstützen und nationale Kapazitäten zu stärken.

Nur sehr geringe Fortschritte wurden auf dieser Ebene erzielt, nicht einmal in so naheliegenden Bereichen wie

Begutachtung, Vergabe und Evaluierung. Das gilt sogar für Bolivien, das sonst als Modell für eine Harmonisierung der verschiedenen Geberleistungen gilt.

Die Geberarbeitsgruppe zur Harmonisierung, die sich kürzlich in Vietnam gebildet hat, ist ein Beispiel das Hoffnung auf größere Fortschritte in diesem Bereich weckt. Und auch der Wille, Geber-Harmonisierung ernsthafter als in der Vergangenheit anzugehen, ist ein Hoffnungsschimmer. Im Rahmen der Frühjahrstagung der Weltbank im April 2001 erkannten die Minister des Development Committee die Notwendigkeit, in der Frage der Harmonisierung größere Fortschritte anzustreben.

4. Erfahrungen und Herausforderungen der Weltbank

4.1 Generelle Trends

Die Weltbank hat wesentliche Schritte unternommen, um ihre Politik, Prozesse und Produkte stärker mit den CDF-Prinzipien in Übereinstimmung zu bringen. Die im Frühjahr 2001 verabschiedete neue Strategie der Weltbank legt fest, dass sämtliche Arbeit der Weltbank auf Landesebene von den CDF-Prinzipien geleitet werden soll (Weltbank 3/2001). Diese strategische Umorientierung umzusetzen, stellt allerdings einen komplexen und zeitintensiven Wandlungsprozess dar. Besondere Bedeutung gewinnen dabei Veränderungsprozesse in der Organisationskultur und im Verhalten der BankmitarbeiterInnen. Die Weltbank steht mit diesen Herausforderungen an Wandel jedoch nicht alleine da.

4.2 Country Assistance Strategy (CAS)

Die CAS ist der „Business plan“ der Weltbank zur gezielten Unterstützung nationaler Entwicklungsstrategien. Die Entwicklung der CAS der Weltbank kann nicht unabhängig von den anderen Geberleistungen auf Landesebene erfolgen, wenn das Ziel einer erhöhten Selektivität der Bankleistungen verwirklicht werden soll. Den Rahmen für die Entwicklung der CAS und Erreichung größerer Selektivität stellen in den Least Developed Countries die PRSPs dar.

Ghana ist ein Beispiel, wo sich die Weltbank gezielt aus Sektoren zurückgezogen hat und somit eine höhere

Selektivität erzielt hat. Die nähere Zukunft, in der immer mehr Länder ihre PRSPs entwickeln werden, wird zum Test für die Weltbank werden, wie schnell und wie ernsthaft Partnerschaft mit anderen Gebern und erhöhte Selektivität in den Aktivitäten der Weltbank zur Unterstützung nationaler Entwicklungsstrategien realisiert werden können.

4.3 Programmatic Lending

Zur Umsetzung der CDF-Prinzipien, vor allem des Prinzips von Ownership, hat die Weltbank verstärkt den Ansatz des „Programmatic Lending“ weiterentwickelt. Voraussetzung für „Programmatic Lending“ ist allerdings, dass die Partnerländer über entsprechende Politiken und Finanzmanagementsysteme verfügen. Viele PRSP-Länder haben diese Politiken und Finanzsysteme noch nicht vollständig entwickelt. In diesen Ländern sollte die Weltbank und andere Geber die Regierungen bei deren Entwicklung gezielt unterstützen.

Herzstück des neuen programmatischen Ansatzes sind die Poverty Reduction Strategy Credits (PRSC) zur programmatischen Finanzierung von PRSPs. Basierend auf den CDF-Prinzipien und den Internationalen Entwicklungszielen (Weltbankgruppe & al. 2000) hat die Weltbank die PRSCs als neues Finanzierungsinstrument entwickelt und eingeführt. Es besteht die Erwartung, dass der PRSP/PRSC Rahmen den Gebern ermöglichen wird, ihre Leistungen in einem einzigen Unterstützungsprogramm mit konsistentem Monitoring und Evaluierungssystemen zu kombinieren. Bisher hat die Weltbank drei Ländern PRSCs gewährt: Uganda, Vietnam und Burkina Faso (PRSC 2001). Drei weitere PRSCs befinden sich derzeit in Ausarbeitung.

4.4 Organisatorischer Wandel und Verhaltensänderungen von Weltbank-MitarbeiterInnen

In den letzten Monaten ist in der Weltbank eine verstärkte Anerkennung der Bedeutung von Wandlungsprozessen der Organisationskultur und des Verhaltens der MitarbeiterInnen wahrzunehmen. Diese neue Bedeutung interner Veränderungsprozesse reflektiert das Verständnis, dass zur Umsetzung der CDF-Prinzipien „new ways of working“ erforderlich sind. Die Aner-

kennung dieser Notwendigkeit ist ein wesentlicher Schritt. Die Weltbank ist jedoch mit enormen Herausforderungen konfrontiert, diese neuen Wege auch umzusetzen, nicht nur in der Unterstützung der PRSP-Prozesse.

Die Organisationskultur ist von zentraler Bedeutung zur Unterstützung und Stärkung individueller Verhaltensänderungen von BankmitarbeiterInnen, und die Weltbank hat begonnen eine kohärente Agenda für die kulturellen Wandlungsprozesse auf gesamtorganisatorischer Ebene zu entwickeln. Auf der operationalen Ebene der Länderteams haben die CDF/PRSP-Prozesse Veränderungen der Organisationskultur initiiert. Trotz des von den Länderdirektoren wahrgenommenen Drucks zur weiteren Verbesserung der Kultur der internen und externen Zusammenarbeit gibt es mehrere Erfolge zu verzeichnen. Länderdirektoren berichten, dass intersektorale Formen der Zusammenarbeit innerhalb des Länderteams mehr und mehr zur Alltagspraxis werden, und dass sich der Zusammenhalt innerhalb dieser Teams stark verbessert. Ein gutes Beispiel für neue Formen von intersektorialem Teamwork der Weltbank ist das Uganda PRSC Team, wo Sektorexperten über ihre vermeintlichen Sektorgrenzen hinweg eng zusammenarbeiteten.

Eng mit individuellen und organisatorischen Veränderungsprozessen verknüpft ist der gewählte Ansatz für „Staff Learning“. Auf der Politikebene hat die Weltbank dabei signifikante Fortschritte mit dem neuen „Staff Learning Framework“ erzielt. Traditionelle Formen von Lernen werden stark zurückgeschraubt, zugunsten neuer, innovativer Formen wie „Action Learning“, „Peer Learning“ und „E-Learning“. Diese neue Politik muss nun schnellstens umgesetzt werden und vor allem Länderteams müssen gezielt mit „Action Learning“-Formen unterstützt werden. Erste Erfahrungen mit „Action Learning“-Unterstützung für Länderteams, d. h. der Integration von Lernen in die Business Prozesse, führten zu innovativen institutionellen und individuellen Veränderungsprozessen. Ein Beispiel dafür ist das Ghana Länderteam.

Die aufgezeigten organisatorischen und individuellen Herausforderungen an Wandel gelten nicht nur für die

Weltbank, sondern für die gesamte Gebergemeinschaft. Um diesen Herausforderungen auf Landesebene besser gewachsen zu sein, sind gezielte Aktivitäten in drei kritischen Bereichen vorgesehen:

- Entwicklung eines neuen Verhaltenskodex für BankmitarbeiterInnen;
- Verstärkte Action Learning Unterstützung für Länderteams in deren Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnern; sowie
- Start eines Dialogprozesses mit anderen Gebern wie die jeweiligen Veränderungsprozesse von Organisationskulturen und von MitarbeiterInnenverhalten beschleunigt werden können.

Basierend auf den ersten Erfahrungen in den CDF/PRSP-Prozessen ist es möglich, Muster erfolgreicher Verhaltensweisen von BankmitarbeiterInnen, die gezielt die Partnerländer bei der Umsetzung der CDF-Prinzipien unterstützt haben, zu erkennen. Die Weltbank sollte nun, basierend auf diesen Erfahrungen, einen expliziten Verhaltenskodex für die MitarbeiterInnen entwickeln und die MitarbeiterInnenbeurteilung auf diesem Kodex aufbauen. Dazu sollte auch verstärkt Feedback über das Verhalten der BankmitarbeiterInnen von den nationalen und internationalen Partnern auf Landesebene eingeholt werden.

Die Action Learning Unterstützung für Länderteams, in deren Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnern sollte schnellstens ausgebaut werden. Auch ist es notwendig, Lernen innerhalb der Gemeinschaft der Länderdirektoren über „good practices“ in deren Unterstützung der Partnerländer bei der Umsetzung der CDF-Prinzipien zu stärken.

Schließlich sollte die Weltbank einen Dialogprozess mit anderen Gebern lancieren, um gemeinsam zu lernen, wie die erforderlichen Veränderungsprozesse von Organisationskulturen und Staff-Verhalten beschleunigt werden können. Dies könnte ein wesentlicher Schritt zur Beseitigung eines der größten Hindernisse in der Umsetzung der CDF-Prinzipien in den PRSP-Prozessen sein, den bestehenden Verhaltensmustern der Geber.

Literatur

G7 Finanzminister-Bericht, Rom, 7. July 2001: *Strengthening the International Financial System and the Multilateral Development Banks*

Weltbank (1/1999): *A Proposal for a Comprehensive Development Framework*, Washington; (9/2000): *Comprehensive Development Framework, Country Experience March 1999–July 2000*; (28. 3. 2001): *Strategic Directions for FY02-FY04, Implementing the World Bank's Strategic*; (4/2001): *Poverty Reduction Strategy Papers – Progress in Implementation*; (30. 4. 2001): *Development Committee Communiqué*; (6/2001): *Challenges and Next Steps in the ESW Reform Process Framework*; (8/2001): *Comprehensive Development Framework: Early Experience and Emerging Issues (CDF-Sekretariat)*

Weltbankgruppe, IMF, OECD, UN (2000): *A Better World for All: Progress towards the International Development Goals*, Washington

PRSCs von: – Uganda (2001) (IDA-R2001-45); – Vietnam (2001) (IDA-R2001-60); – Burkina Faso (2001) (IDA-R2001-140),
Url: www.worldbank.org.

- 1 Beispiel entnommen aus der Ansprache von Weltbank Präsident Wolfensohn anlässlich der Jahrestagung der Weltbank 1999
- 2 Der Bericht fordert in Paragraph 37, die Multilateralen Entwicklungsbanken dazu auf: „... strengthen the links between their Country Strategies and country-owned poverty reduction and development strategies under CDF principles to ensure a consistent development framework; ensure greater coordination and consistency in substance and timing among their Country Strategies for the same country; report to their own Boards by Spring 2002 on the progress towards the alignment of Country Strategies, indicating when a full alignment will be achieved.“
- 3 „We believe the Comprehensive Development Framework/PRSP process will be the structure for synthesizing poverty strategy and macroeconomic policy in the overwhelming majority of the 70 or so poorest countries. Let me unequivocally say that I do not think the UNDG's UN Development Assistance Framework – UNDAF – is an alternative to the PRSP. Rather it is an important but limited business instrument for ensuring the UN team's cohesion behind the overall national development strategy that will be increasingly expressed through the PRSP.“ Mark Malloch Brown, Administrator UNDP, März 2001, Washington DC.
- 4 Zur Definition der Sektor Wide Approaches siehe Glossar im Anhang dieser Publikation.
- 5 „Ministers stressed the importance of harmonizing operational policies and procedures by the Bank, other MDBs, and bilateral aid donors, with the objective of enhancing development effectiveness, increasing efficiency, and reducing administrative burdens and costs on recipient governments. The Committee stressed the need to move more rapidly, while maintaining appropriate standards, to harmonize aid management arrangements, in particular to help low-income countries implement their PRSPs ... [The Committee] encouraged the World Bank and its partners – including other MDBs and the OECD-DAC Working Group on harmonization-to work together to develop an overall framework (including time-bound action plans) to help guide and coordinate future work in this area.“
- 6 Siehe auch: <http://www.developmentgoals.org>

Andreas van Baaijen und Karsten Hackländer, Informationsbüro Nicaragua

DIE PRSP-INITIATIVE IN NICARAGUA – EIN MEHR ALS ZWEIFELHAFTER ERFOLG¹

Im Rahmen der beim G8-Gipfel in Köln verkündeten erweiterten HIPC-Initiative fand Nicaragua Einlass in die stolze Gruppe der hochverschuldeten und besonders armen Länder der Welt, die in Genuss eines umfassenden Schuldenerlasses, der erstmals auch die multilateralen Schulden beinhaltet, kommen können.

Als eine der Bedingungen musste Nicaragua ein sogenanntes Armutsbekämpfungspapier (PRSP) vorlegen, erarbeitet in Konsultationen mit der Zivilgesellschaft. Erst danach würde Nicaragua in den zweifelhaften Genuss eines bedingten Schuldenerlasses kommen. Die letztendliche Höhe dieses Erlasses wird erst in Verhandlungen festgelegt werden, bei denen alle beteiligten Gläubiger ihre individuellen Interessen einbringen. Die Weltbank verkündet auf ihrer Internetseite zur Zeit einen vorgesehenen Schuldenerlass von 3,3 Mrd bei derzeit insgesamt 6,5 Mrd US \$ Gesamtverschuldung.

Die wichtigste Folge des Schuldenerlasses für Nicaragua wäre eine Verringerung der jährlichen Ausgaben für Zins- und Tilgungszahlungen. Theoretisch ergibt sich eine Verringerung des Schuldendienstes auf ein Drittel – geht man von der Höhe der Zahlungen aus, die Nicaragua in der Vergangenheit eigentlich hätte erbringen müssen. Der tatsächliche Schuldendienst lag jedoch stets stark darunter. Hinzu kommt, dass Nicaragua die letzten 3 Jahre aufgrund eines Moratoriums nach dem Hurrikan Mitch überhaupt keine Zahlungen geleistet hatte. Centro Humboldt, eine nicaraguanische NGO, rechnet vor: 1998 bezahlte Nicaragua 332 Mio US \$ für seine Schulden, für 2002 sind – HIPC hin oder her – satte 387 Mio US \$ zur Zahlung veranschlagt. Laut Grupo Propósito de Cabildeo (GPC) ist die Auslandsverschuldung seit 1996 jährlich um 32 % gewachsen! Der diesjährige Schuldendienst von 225 Mio US \$ erfülle nur 61 % der Verpflichtungen des Landes. Jüngst ließ die Weltbank Nicaragua wissen, dass bei den gegebenen makroökonomischen Bedingungen (Nicaragua verkaufte unlängst einen Großteil seiner Dollar-Auslandsreserven und leidet unter dramatischer Geldknappheit) der HIPC-Erlass in weite Ferne rücken dürfte.

Bei den derzeitigen katastrophalen Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung Nicaraguas steht zu befürchten, dass HIPC letztlich nur ein weiteres Instrument

ist, die Regierung zu bestimmten Politiken zu zwingen, und zu keinerlei Einsparungen im nicaraguanischen Haushalt führen wird. Zusammenfassend schreibt Carlos Pacheco, Mitarbeiter des nicaraguanischen Zentrums für Internationale Studien (CEI): „Der angebliche Erlass wird uns am Ende noch verschuldeter und abhängiger machen.“

Partizipation und Vereinnahmung

Eine der neuen Strategien dieser Entschuldungsinitiative ist das sogenannte „country ownership“ für die vorzulegenden Armutsbekämpfungsprogramme. Als Verbesserung gegenüber eines reinen „government ownership“ soll hier die „Zivilgesellschaft“ in die Planung mit einbezogen werden. In einem Zeitraum von etwa einem halben Jahr sollte ein vorläufiges Programm in einem breiten Konsultationsprozess erstellt werden. Welche VertreterInnen der „Zivilgesellschaft“ wie beteiligt werden sollen, wird dabei nicht klar bestimmt und steht somit in der Verantwortung der jeweiligen Regierung bzw. muss der nachträglichen Beurteilung von IWF und Weltbank standhalten.

Innerhalb der nicaraguanischen Zivilgesellschaft war das Thema Auslandsverschuldung bis dato kaum existent. Bei den Vorbereitungen zu einem Seminar des Informationsbüros Nicaragua mit VertreterInnen nicaraguanischer Basisorganisationen zum Thema „Auslandsverschuldung und Zivilgesellschaft“² konnten im Land nur wenige Personen gefunden werden, die sich mit dem Thema bereits auseinandergesetzt hatten. Eine der ersten Reaktionen aus den Basisorganisationen war ein gewisses Unverständnis über die Themenwahl. Die Schuldensituation des Landes wird im Rahmen der jeweils eigenen Arbeit und Problemlagen nicht als prioritäres Thema politischen Engagements betrachtet.

So konnte die Möglichkeit von Konsultation und Partizipation der marginalisierten Bevölkerungsmehrheit an der Erstellung der Armutsbekämpfungsstrategie von Anfang an nur sehr bedingt sein – sowohl von Seiten der Zivilgesellschaft als auch von Seiten der Regierung, die ohnehin keinerlei Interesse daran hat, ihrem Papier tatsächlich eine Legitimation durch die Beteiligung von NGOs zu geben.

Also fand keine landesweite Debatte statt, ganz zu schweigen von einer Einbeziehung der ländlichen Regionen Nicaraguas: Anzeichen einerseits für die Schwäche der gesellschaftlichen Gruppen, sich zu Wort zu melden und Einfluss zu nehmen, andererseits aber auch Indikator für die ideologische und euphemistische Vernutzung von Begriffen wie „Konsultation“ oder „Partizipation“, deren tatsächliche inhaltliche Füllung nicht überprüft wird.

Nur wenige NGOs in der Hauptstadt Managua sind überhaupt in der Lage, sich an einem solchen Artikulationsprozess zu beteiligen. Hinzu kommt, dass sich einige nicaraguanische Organisationen aus politischen Gründen nicht dazu hergeben wollten und sich der Entschuldungskampagne Jubilee South anschlossen. In kontroversen Diskussionen mit den VertreterInnen der deutschen Kampagne drückten diese ihre grundlegende Kritik an Argumentation, Zielen und Politikformen von Jubilee 2000 aus.

Die nationale Koordination der nicaraguanischen NGOs (CCER³) ist eine der wenigen Organisationen, die überhaupt einen Dialog mit der Regierung einfordern. In der CCER hatten sich nach der Hurrikan-Katastrophe 1998 formal mehrere hundert NGOs zusammengeschlossen. Die CCER, die real eher eine kleine einflussreiche Gruppe engagierter SpezialistInnen und LobbyistInnen darstellt denn ein Netzwerk von Basisorganisationen, brachte sich aktiv in die Erstellung des Programmes ein. Später beklagte CCER, dass keine ihrer zahlreichen Änderungsvorschläge berücksichtigt worden waren.

Von herausragender Bedeutung ist aus Sicht der CCER, neben der Thematisierung der politischen und ökonomischen Hintergründe von Armut, insbesondere die Frage der Partizipation im weiteren Prozess, d. h. bei der Erarbeitung des endgültigen Plans sowie bei dessen Umsetzung und Monitoring. Nach Ansicht der CCER sollte es einen breiten landesweiten Konsultationsprozess geben, bei dem die Landkreise die zentrale Rolle spielen. Gleichzeitig soll der Prozess mit politischer Dezentralisierung Hand in Hand gehen.

Eine wirkliche Beteiligung der Zivilgesellschaft, wie etwa in Bolivien, wird allerdings auch in Zukunft nur rhe-

torisch stattfinden. Auf Seiten der Regierung jedenfalls besteht keinerlei Bereitschaft, einen Partizipationsprozess auf nationaler Ebene durchzuführen.

Strategie der Einflussnahme

Durch die neue Strategie der Armutsbekämpfungsprogramme gewinnt der IWF eine ganz neue Einflussmöglichkeit auf den Sozialsektor in den betroffenen Ländern. Zusätzlich zur makroökonomischen Festlegung auf Wachstum durch neoliberale Zurichtung, wird jetzt auch die nationale Haushaltspolitik im Sozialbereich von den Institutionen mitbestimmt, bzw. muss von diesen abegesenet werden. Durch das Konzept der „country ownership“ kann die Verantwortung für mangelnde Erfolge und wachsende Armut in Zukunft wieder an die Länderregierungen selbst zurückgegeben werden.

Die Beteiligung von NGOs, ohne die Möglichkeit, Einfluss auf die Grundsätze der Politik zu nehmen, birgt die Gefahr einer weiteren Vereinnahmung von bisher radikal kritischen Organisationen in sich. Armutsbekämpfung kann so als Disziplinierungsinstrument wirken. Ob die andere Seite – nämlich der vereinfachte Zugang zu sonst schwer erreichbaren Informationen und internationalen Podien – die aufgezählten Nachteile aufwiegt, mögen die Organisationen selbst diskutieren.

-
- 1 Dieser Artikel erschien auch in der Nummer 9/2001 der Zeitschrift ILA (<http://www.ila-bonn.de>), die Autoren sind Mitarbeiter des Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal (<http://lnica.wtal.de/>)
 - 2 Siehe auch Broschüre „Deuda Externa y Sociedad Civil“, Informationsbüro Nicaragua, 2000
 - 3 Coordinadora Civil para la Emergencia y Reconstrucción Nacional

Michael Obrovsky, ÖFSE

FINANZIELLE GESAMTLEISTUNGEN ÖSTERREICHS AN ENTWICKLUNGSLÄNDER UND MULTILATERALE STELLEN

Die gesamten Finanzflüsse Österreichs an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen sind starken Schwankungen ausgesetzt, da die privaten Leistungen zu marktüblichen Bedingungen stark konjunkturabhängig sind. Der Überblick zeigt auch deutlich, dass die Zuschüsse privater Hilfsorganisationen in den letzten

drei Jahren deutlich angestiegen sind. Die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit betrug in den letzten drei Jahren zwischen einem Viertel und der Hälfte der gesamten Leistungen und betrug im Jahr 2000 40 % der gesamten Finanzflüsse an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen.

Tabelle 1:

Finanzielle Gesamtleistungen Österreichs an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen 1998 bis 2000 in Mio S/Mio €

	1998			1999*			2000		
	Mio S	Mio €	in %	Mio S	Mio €	in %	Mio S	Mio €	in %
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA – Official Development Assistance)	5.640	410	51	6.802	494	27	6.320	459	40
A. Bilaterale ODA	3.608	262	33	4.441	323	18	3.834	279	24
B. Multilaterale ODA	2.032	148	18	2.361	172	9	2.486	181	16
Anteil der ODA in % des BNE			0,22			0,25			0,22
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF – Other Official Flows)	1.004	73	9	291	21	1	313	23	2
III. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen	3.785	275	34	17.229	1.252	68	8.362	608	52
IV. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	568	41	5	1.031	75	4	943	69	6
Gesamtleistungen	10.997	799	100	25.353	1.842	100	15.939	1.158	100
Gesamtleistungen in % des BNE			0,42			0,95			0,56

* ab dem Jahr 1999 wird das Brutto-Nationaleinkommen verwendet.

I. Die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit 2000

Die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit Österreichs betrug im Jahr 2000 rund 6.320 Mio S. Sie ist damit um rund 500 Mio S geringer als im Jahr 1999. In Relation zum Bruttonationaleinkommen (BNE) betragen die ODA-Leistungen 0,22 %.

Der Hauptgrund für den Rückgang sind Rückzahlungen von ehemaligen Kreditfinanzierungen, die im Jahr 2000 die Auszahlungen von neuen Krediten übertroffen haben. Österreich meldet im Rahmen der ODA die gesamten Neuauszahlungen von begünstigten Kreditfinanzierungen und zieht davon die Rückzahlungen ab. Die Meldung von gemischten Kreditfinanzierungen als ODA-Kredite – die vom DAC immer wieder kritisiert wurde – hat vor allem in den 80er Jahren zu einem sehr hohen Kreditanteil an der ODA beigetragen. Die tilgungsfreie Zeit vieler Kredite ist nun beendet und es ist in den nächsten Jahren mit erhöhten Rückzahlungen von alten Krediten zu rechnen. Seit einigen Jahren wird die Veränderung der Meldepraxis überlegt. Behält man die derzeitige Form der Meldepraxis bei, dann trägt diese Form der Meldung in den nächsten Jahren sehr wahrscheinlich zu einem Rückgang der ODA-Leistungen Österreichs bei.

Die strikte Einhaltung der DAC-Melderichtlinien bei den „de-facto“ Flüchtlingen im Jahr 1999 ist in der Statistik im Jahr 2000 ebenso sichtbar. Die gemeldeten Leistungen (siehe Tabelle 3) sind um fast 200 Mio S zurückgegangen. Die Leistungen im Bereich der AsylwerberInnen sind hingegen bereits 1999 auf knapp über 300 Mio S angestiegen und sind im Jahr 2000 auf diesem Niveau geblieben.

Bei den indirekten Studienplatzkosten hat die Annäherung der Meldepraxis an die DAC-Richtlinien im Jahr 1999 in der Statistik 2000 ebenso zu einer Reduktion geführt.

Steigerungen werden vor allem im Bereich Schuldenreduktion sichtbar, wo Österreich im Jahr 2000 Zinsatzreduktionen im Wert von rund 817 Mio S gewährt hat.

Bei den friedensbildenden Maßnahmen konnten im Jahr 2000 ebenso Steigerungen auf rund 358 Mio S festgestellt werden.

Bei der Programm- und Projekthilfe des BMAA konnte der Rückgang beim „Budgetansatz 205“ auf 776,7 Mio S durch eine Steigerung der Mittel aus dem ERP-Fonds auf 227 Mio ausgeglichen werden, sodass für die Programm- und Projekthilfe im Jahr 2000 die Entwicklungsmilliarde zur Verfügung stand (siehe Tabelle 5).

Die Konzentration der Mittel der Programm- und Projekthilfe auf die Schwerpunkt- und Kooperationsländer betrug im Jahr 2000 fast 70 %.

Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit ist in Summe angestiegen, was aber in erster Linie auf Schwankungen bei den Beiträgen an die internationalen Finanzinstitutionen und an den Europäischen Entwicklungsfonds zurückzuführen ist.

Laut Vorausmeldung des DAC erreicht Österreich mit 0,22 % der ODA am BNE im Jahr 2000 den DAC-Durchschnitt. Der EU-Durchschnitt beträgt 0,33 %. Endgültige internationale Vergleichszahlen liegen noch nicht vor.

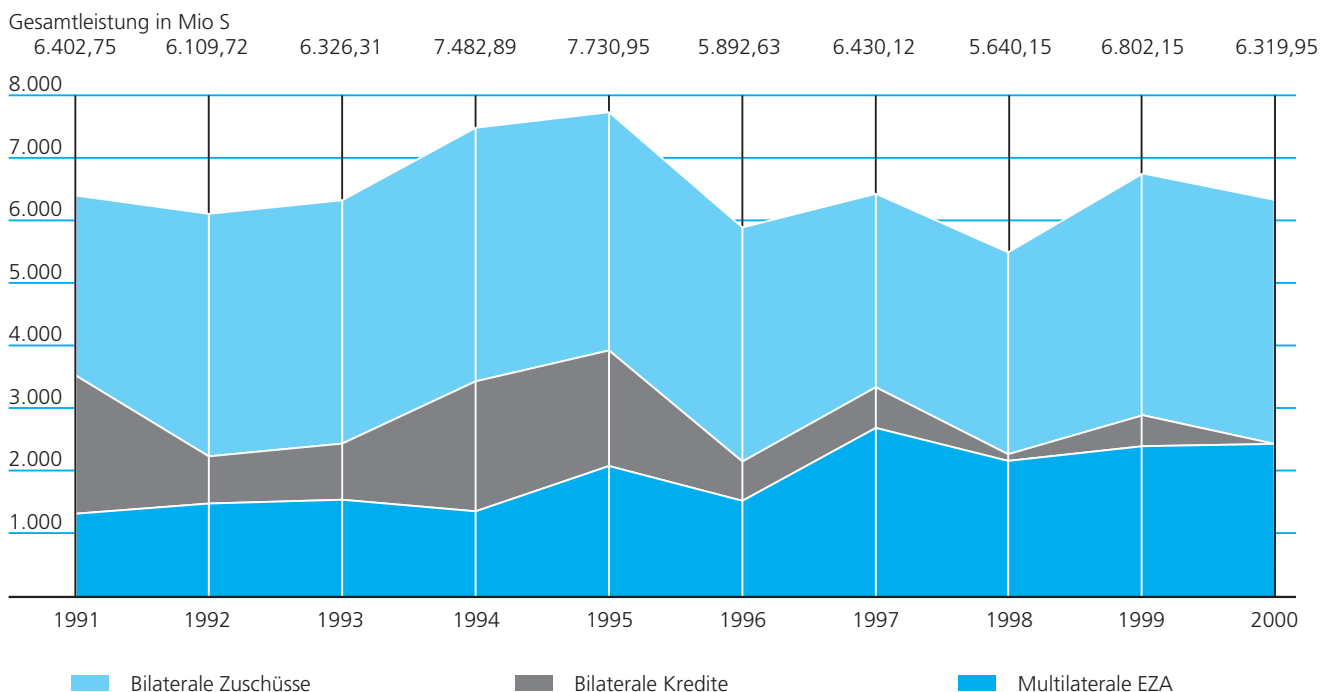
Tabelle 2:

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) 1995 bis 2000 in Mio S

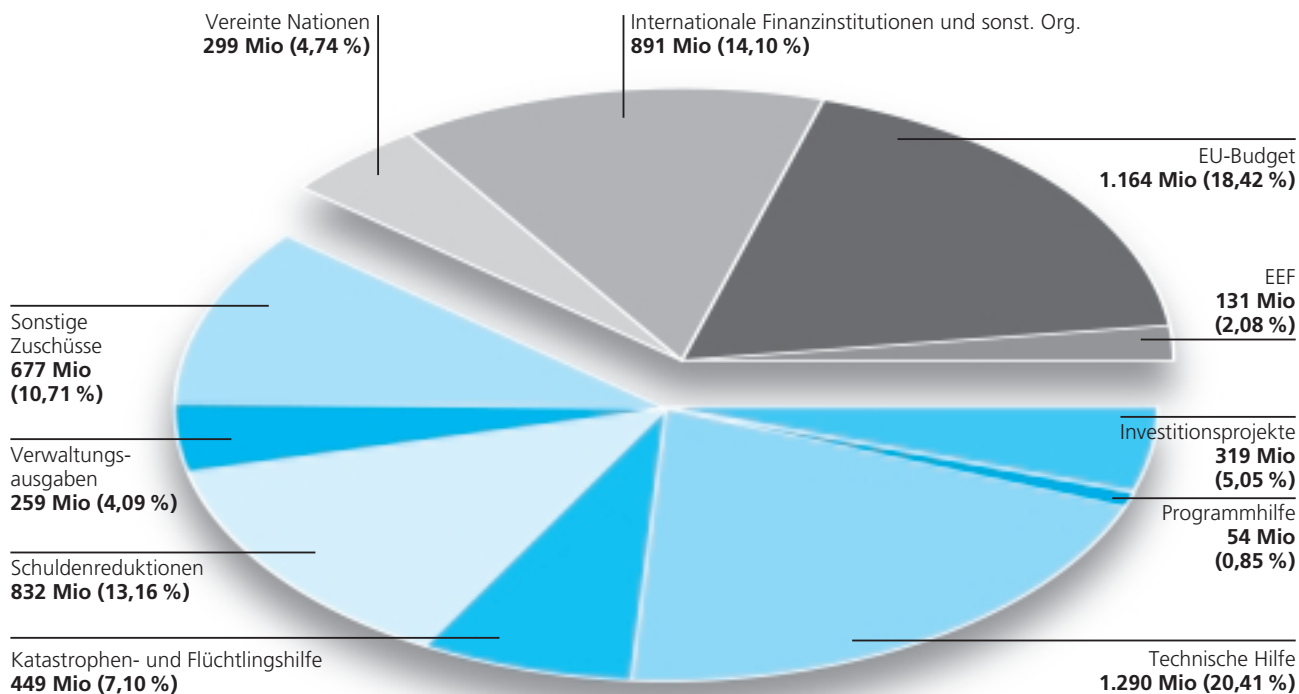
	1995	1996	1997	1998	1999*	2000
Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit	5.643,30	4.359,90	3.734,78	3.608,00	4.441,10	3.833,81
Zuschüsse	3.799,95	3.732,99	3.085,80	3.388,77	3.852,98	3.879,53
Kredite	1.843,35	626,91	648,98	219,23	588,12	-45,72
Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	2.087,65	1.532,73	2.695,34	2.032,15	2.361,04	2.486,15
ODA gesamt	7.730,95	5.892,63	6.430,12	5.640,15	6.802,15	6.319,95
BNE (in Mrd S zu Marktpreisen, laufend)	2.345,09	2.416,00	2.516,90	2.620,20	2.616,21	2.832,70
Leistungen in % des BNE	0,33	0,24	0,26	0,22	0,25	0,22

* ab dem Jahr 1999 wird das Brutto-Nationaleinkommen verwendet,

Graphik 1: Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) 1995 bis 2000 in Mio S



Graphik 2: Hauptbestandteile der ODA 2000 in Mio S und %



	Mio S	in %		Mio S	in %
Bilaterale EZA	3.834	60,66			
Zuschüsse	3.879	61,39	Investitionsprojekte	319	5,05
			Programmhilfe	54	0,85
			Technische Hilfe	1.290	20,41
			Andere EZA-Leistungen	2.216	35,07
			Katastrophen- und Flüchtlingshilfe	449	7,10
			Schuldenreduktionen	832	13,16
			Verwaltungsausgaben	259	4,09
			Sonstige Zuschüsse	677	10,71
Kredite*	-46	-0,72	Rahmen II-Kredite	-53	-0,84
			andere Kredite	7	0,11
Multilaterale EZA	2.486	39,34	Vereinte Nationen	299	4,74
			Internationale Finanzinstitutionen und sonstige Org.	891	14,10
			EU-Budget	1.164	18,42
			EEF	131	2,08
Gesamt	6.320	100,00			

* Rückzahlungen können in der Grafik nicht dargestellt werden.
Die Rückzahlungen entsprechen etwa dem „Tortenstück“ Programmhilfe.

Tabelle 3:

ODA nach Verwendungszweck 1998 bis 2000 in Mio S

	1998	1999	2000
ODA gesamt	5.640,15	6.802,15	6.319,95
Bilaterale EZA	3.608,00	4.441,10	3.833,81
<i>Bilaterale Zuschüsse</i>	<i>3.388,77</i>	<i>3.852,98</i>	<i>3.879,48</i>
Investitionsprojekte	300,78	257,12	319,28
Programmhilfe	29,63	21,31	53,99
Technische Hilfe	1.495,91	1.354,23	1.289,80
<i>davon indirekte Studienplatzkosten</i>	<i>585,12</i>	<i>526,46</i>	<i>472,61</i>
Andere EZA-Leistungen	1.562,46	2.220,32	2.216,41
<i>davon Katastrophen- und Flüchtlingshilfe</i>	<i>422,56</i>	<i>881,99</i>	<i>448,96</i>
AsylwerberInnen	107,19	308,98	309,84
<i>de-facto Flüchtlinge</i>	<i>257,15</i>	<i>225,63</i>	<i>29,55</i>
<i>sonstige Katastrophen- und Flüchtlingshilfe</i>	<i>58,22</i>	<i>347,38</i>	<i>109,57</i>
Schuldenreduktionen	571,66	541,02	831,87
Zinssatzreduktionen	531,66	500,14	817,70
Sonstige Schuldenreduktionen	40,00	40,88	14,17
Verwaltungsausgaben	241,73	245,96	258,70
Sonstige Zuschüsse	326,51	551,35	676,88
Friedensbildende Maßnahmen	95,41	267,97	358,18
Nahrungsmittel-Programmhilfe	23,93	11,49	20,50
Andere (Öffentlichkeitsarbeit, Mischformen etc.)	207,17	271,89	298,20
<i>Bilaterale Kredite</i>	<i>219,23</i>	<i>588,12</i>	<i>-45,72</i>
<i>davon Rahmen II Kredite</i>	<i>153,15</i>	<i>563,39</i>	<i>-52,79</i>
Multilaterale EZA	2.032,15	2.361,04	2.486,15
Vereinte Nationen	355,32	353,49	299,43
Internationale Finanzinstitutionen	652,45	427,27	863,20
Sonstige Organisationen	29,98	28,44	28,14
EU-Budget	994,40	1.014,72	1.164,10
EEF	0,00	537,11	131,27

Tabelle 4:

Aufschlüsselung der Gesamt-ODA nach Verwendungszweck und Finanzierungsquelle 2000 in Mio S

Verwendungszweck/Finanzierungsquelle	Gesamt-ODA 2000		BMAA			
	Mio €	Mio S	BMAA VII			BMAA andere
			Programm- u. Projekthilfe	davon: ERP-Fonds	BMAA VII/7 (OZA)	
ODA gesamt	459,29	6.319,95	1.003,97	238,16	222,76	629,15
Bilaterale EZA	278,61	3.833,81	1.003,97	238,16	222,76	436,03
<i>Bilaterale Zuschüsse</i>	<i>281,94</i>	<i>3.879,53</i>	<i>1.003,97</i>	<i>227,23</i>	<i>222,76</i>	<i>436,03</i>
Investitionsprojekte	23,20	319,28	173,11	129,90	110,64	—
Programmhilfe	3,92	53,99	52,79	—	—	—
Technische Hilfe	93,73	1.289,80	473,81	92,84	60,27	—
<i>davon indirekte Studienplatzkosten</i>	<i>34,35</i>	<i>472,61</i>	—	—	—	—
Andere Mittelbereitstellungen	161,08	2.216,46	304,26	4,49	51,85	436,03
<i>Nahrungsmittelhilfe</i>	<i>1,49</i>	<i>20,50</i>	—	—	—	—
<i>Katastrophen- und Flüchtlingshilfe</i>	<i>32,63</i>	<i>449,01</i>	<i>0,17</i>	—	<i>3,80</i>	—
<i>Nahrungsmittelhilfe bei Katastrophen</i>	<i>0,00</i>	<i>0,05</i>	—	—	—	—
<i>AsylwerberInnen</i>	<i>22,52</i>	<i>309,84</i>	—	—	—	—
<i>de-facto Flüchtlinge</i>	<i>2,15</i>	<i>29,55</i>	—	—	—	—
<i>andere</i>	<i>7,96</i>	<i>109,57</i>	<i>0,17</i>	—	<i>3,80</i>	—
<i>Schuldenreduktionen</i>	<i>60,45</i>	<i>831,87</i>	<i>14,17</i>	—	—	—
<i>Förderung von NGOs</i>	<i>2,47</i>	<i>34,04</i>	<i>30,62</i>	—	—	—
<i>Verwaltungsausgaben</i>	<i>18,80</i>	<i>258,70</i>	<i>65,70</i>	—	<i>11,99</i>	<i>177,13</i>
<i>Andere Zuschüsse</i>	<i>45,23</i>	<i>622,34</i>	<i>193,60</i>	<i>4,49</i>	<i>47,42</i>	<i>258,89</i>
Bilaterale Kredite	-3,32	-45,72	—	10,93	—	—
Finanzhilfedarlehen BMA/ERP	0,79	10,93	—	10,93	—	—
Rahmen II Kredite	-3,84	-52,79	—	—	—	—
Weltbankkofinanzierungen	-0,28	-3,80	—	—	—	—
Starthilfekredite	0,00	-0,06	—	—	—	—
Multilaterale EZA	180,68	2.486,15	—	—	—	193,12
Vereinte Nationen	21,76	299,43	—	—	—	193,12
EU	94,14	1.295,38	—	—	—	—
IBRD/IDA	28,33	389,77	—	—	—	—
Regionale Entwicklungsbanken	24,60	338,48	—	—	—	—
Andere	11,85	163,09	—	—	—	—
<i>davon ESAF</i>	<i>5,12</i>	<i>70,51</i>	—	—	—	—

BMF	BKA	BM:BWK	BMI	BMLFUW	BMLV	Sonstige Bund BMSG, BMWA, OeNB	Summe Bundes- budget	Summe and. öff. Körperschaften Länder, Gemeinden
2.852,01	47,08	686,82	418,71	103,28	129,16	165,35	5.999,38	97,82
764,85	47,08	685,16	412,52	22,56	129,16	48,96	3.514,13	96,91
821,50	47,08	685,16	412,52	22,56	129,16	48,96	3.559,86	96,91
—	14,44	—	—	1,30	—	14,44	299,50	19,78
—	—	—	—	—	—	1,20	53,99	—
—	4,05	683,53	58,49	—	—	4,53	1.280,63	9,17
—	—	472,61	—	—	—	—	472,61	—
821,50	28,59	1,63	354,02	21,25	129,16	28,79	2.148,50	67,96
—	—	—	—	20,50	—	—	20,50	—
—	28,39	0,17	354,02	—	19,48	28,39	406,03	42,98
—	—	—	—	—	—	—	—	0,05
—	—	—	309,84	—	—	—	309,84	—
—	—	—	14,55	—	—	—	14,55	15,00
—	28,39	0,17	29,64	—	19,48	28,39	81,64	27,93
817,70	—	—	—	—	—	—	831,87	—
—	—	0,70	—	—	—	—	31,32	2,72
3,80	—	—	—	—	—	—	258,62	0,08
—	0,20	0,76	—	0,76	109,68	0,40	600,16	22,19
-56,65	—	—	—	—	—	—	-45,72	—
—	—	—	—	—	—	—	10,93	—
-52,79	—	—	—	—	—	—	-52,79	—
-3,80	—	—	—	—	—	—	-3,80	—
-0,06	—	—	—	—	—	—	-0,06	—
2.087,16	—	1,66	6,19	80,72	—	116,40	2.485,24	0,90
—	—	1,66	—	58,76	—	45,88	299,43	—
1.295,38	—	—	—	—	—	—	1.295,38	—
389,77	—	—	—	—	—	—	389,77	—
337,58	—	—	—	—	—	—	337,58	0,90
64,44	—	—	6,19	21,95	—	70,51	163,09	—
—	—	—	—	—	—	—	70,51	—

Tabelle 5:

Entwicklung der Mittel für Programm- und Projekthilfe, Auszahlungen 1995 bis 2000 in Mio S

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
BMAA/BKA-Budget	876,12	1.051,77	889,69	950,00	831,19	776,73
ERP-Mittel	101,11	42,62	64,49	168,79	159,00	227,23
Gesamt	977,23	1.094,39	954,18	1.118,79	990,19	1.003,97
<i>in Mio €</i>	<i>71,02</i>	<i>79,53</i>	<i>69,35</i>	<i>81,31</i>	<i>71,96</i>	<i>72,96</i>
<i>in % des BNE</i>	<i>0,042</i>	<i>0,045</i>	<i>0,038</i>	<i>0,043</i>	<i>0,038</i>	<i>0,035</i>
<i>in % des Bundeshaushalts</i>	<i>0,128</i>	<i>0,145</i>	<i>0,127</i>	<i>0,144</i>	<i>0,126</i>	<i>0,128</i>

Tabelle 6:

Die Programm- und Projekthilfe des BMAA VII nach Verwendungszweck 1998 bis 2000 in Mio S und in %

	1998		1999		2000	
	Mio S	in %	Mio S	in %	Mio S	in %
Programm- & Projekthilfe (Budget BMAA)	950,00	100,00	831,41	100,00	776,73	100,00
Investitionsprojekte	87,86	9,25	37,21	4,48	43,20	5,56
Programmhilfe	17,25	1,82	5,70	0,69	52,79	6,80
Technische Hilfe	539,32	56,77	474,73	57,10	380,97	49,05
Andere EZA-Leistungen	305,57	32,17	313,77	37,74	299,77	38,59
<i>davon Katastrophen- und Flüchtlingshilfe</i>	<i>10,48</i>	<i>1,10</i>	<i>7,08</i>	<i>0,85</i>	<i>0,17</i>	<i>0,02</i>
<i>Schuldenreduktion</i>	<i>40,00</i>	<i>4,21</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>14,17</i>	<i>1,82</i>
<i>Andere Zuschüsse</i>	<i>98,70</i>	<i>10,39</i>	<i>158,46</i>	<i>19,06</i>	<i>136,19</i>	<i>17,53</i>
Programm- & Projekthilfe (ERP)	168,79	100,00	158,78	100,00	227,23	100,00
Investitionsprojekte	77,80	46,09	68,43	43,10	129,90	57,17
Programmhilfe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Technische Hilfe	85,09	50,41	82,69	52,08	92,84	40,86
Andere EZA-Leistungen	5,90	3,50	7,66	4,82	4,49	1,98
<i>davon Katastrophen- und Flüchtlingshilfe</i>	<i>5,90</i>	<i>3,50</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Schuldenreduktion</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Andere Zuschüsse</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>7,66</i>	<i>4,82</i>	<i>4,49</i>	<i>1,98</i>
Programm- & Projekthilfe gesamt	1.118,79	100,00	990,19	100,00	1.003,97	100,00

Tabelle 7:

Programm- und Projekthilfe für Schwerpunkt- und Kooperationsländer nach Schlüsselregionen, Auszahlungen 1998 bis 2000 in Mio S

	1998		1999		2000	
	Mio S	in %	Mio S	in %	Mio S	in %
Sahelraum Westafrikas	100,65	9,00	83,53	8,44	129,77	12,93
davon Burkina Faso	36,86	3,29	34,25	3,46	39,75	3,96
Kap Verde	33,47	2,99	24,38	2,46	53,02	5,28
<i>Senegal</i>	30,33	2,71	24,91	2,52	37,00	3,69
Ostafrika	342,45	30,61	199,45	20,14	212,04	21,12
davon Uganda	155,03	13,86	55,88	5,64	62,50	6,23
Äthiopien	31,51	2,82	55,14	5,57	37,91	3,78
Ruanda*	52,94	4,73	5,29	0,53	13,97	1,39
<i>Tansania</i>	77,29	6,91	58,10	5,87	67,97	6,77
<i>Kenia</i>	22,25	1,99	18,74	1,89	12,18	1,21
<i>Burundi**</i>	3,43	0,31	6,30	0,64	17,50	1,74
Südliches Afrika	126,34	11,29	106,14	10,72	97,10	9,67
davon Mosambik	49,35	4,41	50,67	5,12	52,85	5,26
<i>Namibia</i>	16,47	1,47	27,02	2,73	11,44	1,14
<i>Simbabwe</i>	33,37	2,98	14,92	1,51	21,04	2,10
<i>Rep. Südafrika***</i>	27,15	2,43	13,53	1,37	11,79	1,17
Zentralamerika	175,57	15,69	151,80	15,33	120,15	11,97
davon Nicaragua	115,29	10,31	95,69	9,66	71,72	7,14
<i>Guatemala</i>	37,78	3,38	37,98	3,84	26,52	2,64
<i>El Salvador</i>	19,01	1,70	17,14	1,73	17,23	1,72
<i>Costa Rica</i>	3,49	0,31	0,99	0,10	4,68	0,47
Himalaja-Hindukusch	67,31	6,02	132,21	13,35	113,09	11,26
davon Bhutan	43,05	3,85	82,34	8,32	87,43	8,71
<i>Pakistan</i>	6,04	0,54	29,17	2,95	8,34	0,83
<i>Nepal</i>	18,22	1,63	20,70	2,09	17,32	1,73
Sonderprogrammland	21,87	1,95	25,99	2,62	46,76	4,66
<i>Paläst. Autonomiegebiete</i>	21,87	1,95	25,99	2,62	46,76	4,66
Schwerpunktländer gesamt	517,51	46,26	403,62	40,76	419,15	41,75
Kooperationsländer gesamt	294,81	26,35	269,50	27,22	253,01	25,20
Schwerpkt. u. Kooperationsld. ges.	812,32	72,61	673,13	67,98	672,16	66,95
Schpkt. u. Koopl. + Sonderprogr. ges.	834,19	74,56	699,12	70,60	718,92	71,61
Programm- und Projekthilfe gesamt	1.118,79	100,00	990,19	100,00	1.003,97	100,00

* Aufgrund des Bürgerkrieges wurde das Programm für Ruanda suspendiert und 1997 wieder aufgenommen.

** Die nach dem Militärputsch eingestellte Zusammenarbeit mit Burundi wurde 1998 wieder aufgenommen.

*** Seit 1999 ist Südafrika ein Kooperationsland.

Tabelle 8:

Durchführungsstruktur der Programm- und Projekthilfe, Auszahlungen 1998 bis 2000 in Mio S

	1998		1999		2000	
	Mio S	in %	Mio S	in %	Mio S	in %
1 NGO Projekte vorwiegend Ausland	382,64	34,20	410,17	41,42	366,02	36,46
2 NGO Projekte vorwiegend Österreich	81,48	7,28	95,49	9,64	68,18	6,79
3 NGO vorwiegend Studienförderung	69,51	6,21	61,13	6,17	35,41	3,53
Österr. NGOs gesamt (1–3)	533,63	47,70	566,79	57,24	469,61	46,78
4 Firmen in Österreich	344,38	30,78	230,01	23,23	329,13	32,78
5 öff. Stellen/Universitäten in Österreich	26,69	2,39	34,40	3,47	10,66	1,06
6 Privatpersonen	1,00	0,09	1,46	0,15	3,97	0,40
Österr. Institutionen gesamt (1–6)	905,71	80,95	832,65	84,09	813,37	81,02
7 öffentliche Stellen/Ministerien im Empfängerland	90,28	8,07	72,22	7,29	104,39	10,40
8 NGOs und Institutionen im Empfängerland	32,03	2,86	45,35	4,58	21,93	2,18
Institutionen im Empfängerland gesamt (7–8)	122,32	10,93	117,57	11,87	126,32	12,58
9 Internationale Organisationen	81,98	7,33	15,18	1,53	40,65	4,05
10 Internationale NGOs	8,00	0,72	22,01	2,22	17,31	1,72
11 sonstiges	0,79	0,07	2,77	0,28	6,32	0,63
Andere Träger gesamt (9–11)	90,77	8,11	39,97	4,04	64,28	6,40
Gesamt	1.118,79	100,00	990,19	100,00	1.003,97	100,00

Tabelle 9:

ODA Kredite – Übersicht der Nettoflüsse 1998 bis 2000 in Mio S

Kreditart	1998	1999	2000
Starthilfe	-0,07	-0,08	-0,06
Rahmen II	153,15	563,39	-52,79
IBRD-Kofinanzierungen	53,12	0,00	-3,80
ERP	26,84	41,90	10,93
BMAA-Finanzhilfedarlehen	-13,8	-17,08	0,00
Gesamt	219,23	588,12	-45,72

Tabelle 10:

Die Empfängerländer der bilateralen EZA Österreichs 2000 in Mio S und in % der bilateralen EZA

Position	Empfängerland	Netto Leistung in Mio S	in % der bilateralen ODA
1	Indonesien	1.221,1	31,85
2	Jugoslawien	420,5	10,97
3	Ägypten	371,2	9,68
4	Bosnien Herzegowina	336,2	8,77
5	Ghana	149,2	3,89
6	Iran	133,6	3,48
7	Kamerun	128,5	3,35
8	Türkei	124,7	3,25
9	Bhutan	107,4	2,80
10	LLDC n.a.	105,3	2,75
11	Afghanistan	87,3	2,28
12	Osttimor	86,3	2,25
13	Tansania	84,5	2,21
14	Mosambik	76,0	1,98
15	China	75,3	1,96
16	Nicaragua	74,0	1,93
17	Albanien	71,7	1,87
18	Kroatien	71,6	1,87
19	Guatemala	68,3	1,78
20	Uganda	67,6	1,76
21	Kap Verde	64,6	1,69
22	Palästin. Autonomiegebiete	61,6	1,61
23	Sierra Leone	57,4	1,50
24	Äthiopien	56,2	1,47
25	Burkina Faso	44,6	1,16
119	Afrika allgemein	0,0	0,00
120	Libanon	-45,0	-1,17
121	Algerien	-573,4	-14,96
122	Thailand	-854,5	-22,29
	Gesamt	3.833,8	100
	Österreich	286,7	7,48

Für Leistungen der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie für andere Leistungen in Österreich wurden insgesamt 286,7 Mio S ausgegeben.

Tabelle 11:

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit 1998 bis 2000 in Mio S

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	1998	1999	2000
Multilaterale EZA gesamt	2.032,15	2.361,04	2.486,15
1. Entwicklungszusammenarbeit der EU	994,40	1.551,84	1.295,38
2. UN-Organisationen	354,46	353,49	299,43
3. Organisationen der Weltbank-Gruppe	361,44	44,55	389,77
4. Regionale Entwicklungsbanken	178,13	189,87	338,48
5. Andere Finanzinstitutionen / andere Organisationen	143,71	221,29	163,09
1. Entwicklungszusammenarbeit der EU			
Leistungen Westlicher Balkan (B75)	—	—	221,52
Leistungen für Asien/Lateinamerika/Südafrika (B73)	162,74	158,74	205,89
Humanitäre Hilfe (B721)	167,80	187,67	169,13
Leistungen für Mittelmeerraum/Naher Osten (B74)	148,13	144,53	154,84
Nahrungsmittelhilfe (B720)	119,92	117,02	143,28
andere Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit (B76)	98,87	96,49	91,09
Außenkapitel bestimmter Politiken der Gemeinschaft (B78)	117,30	114,44	55,34
Verwaltungskosten (III A)	33,16	32,56	36,22
Leistungen für CEECs/NIS (Part I) (B75)	123,74	146,08	35,08
Budgetlinie B70 – Sapard/Ispa/Phare	—	—	32,66
Demokratie und Menschenrechte (B77)	16,07	11,25	14,04
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (B80)	6,67	5,95	5,00
Gesamt	994,40	1.014,72	1.164,10
Europäischer Entwicklungsfonds	0,00	537,11	131,27
EZA der EU und EEF gesamt	994,40	1.551,84	1.295,38

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	1998	1999	2000
2. UN-Organisationen			
UNDP	131,02	126,94	66,99
WHO	33,61	37,04	45,88
FAO-WFP*	31,89	31,89	29,78
UNIDF	10,79	19,62	26,32
FAO	21,09	22,14	25,76
UN-Budget	14,42	13,45	16,66
JPO	18,69	14,82	15,81
UNICEF	21,00	19,95	14,50
UNIDO	10,40	10,14	12,30
UNESCO	10,40	9,99	11,45
Andere	51,16	47,53	33,96
Gesamt	354,46	353,49	299,43
3. Organisationen der Weltbank-Gruppe			
IDA	345,07	0,00	381,81
MIGA	0,00	0,00	7,96
IBRD	16,37	44,55	0,00
Gesamt	361,44	44,55	389,77
4. Regionale Entwicklungsbanken			
AfDB/AfDF	53,18	0,00	247,51
ASDB/AsDF	124,95	116,09	66,05
IDB	0,00	73,78	24,92
Gesamt	178,13	189,87	338,48
5. Andere Finanzinstitutionen und andere Organisationen			
ESAF (IFI*)	59,49	61,92	70,51
GEF (IFI*)	9,39	86,68	42,88
IFAD (IFI*)	24,90	24,90	21,55
Montrealer Protokoll (IFI*)	22,95	20,76	21,03
CGIAR (IFI*)	19,10	19,35	0,00
Andere	7,88	7,68	7,12
Gesamt	143,71	221,29	163,09

* Internationale Finanzinstitution

II. Sonstige öffentliche Leistungen – Other Official Flows (OOF)

Tabelle 12:

Exportkredite (OOF) Nettobeträge 1994 bis 2000 in Mio S

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Auszahlungen	882,92	779,87	1.761,54	1.071,80	1.344,83	1.026,15	634,50
Rückflüsse	138,97	209,64	254,93	312,75	341,20	734,70	321,17
Nettobetrag	743,95	570,23	1.506,61	759,05	1.003,63	291,45	313,33

III. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen

Tabelle 13:

Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen, Nettobeträge, 1994 bis 2000 in Mio S

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Direktinvestitionen	757,00	851,00	2.609,00	2.745,00	2.663,00	10.734,00	6.289,00
private Exportkredite	2.355,90	-792,60	7.313,70	8.848,00	1.122,16	6.495,20	2.073,50
Gesamt	3.112,90	58,40	9.922,70	11.593,00	3.785,16	17.229,20	8.362,50

IV. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen

Österreichische Nichtregierungsorganisationen meldeten für das Jahr 2000 ca. 1.068 Mio S an ausbezahlten Eigenmitteln für Leistungen in den Empfängerländern von Teil 1 und Teil 2 der DAC-Empfängerländerliste, sowie für Projekte in Österreich (v. a. Informations- und Bildungsarbeit). Dies bedeutet gegenüber 1999 einen Rückgang von ca. 146 Mio S, der v. a. auf die gesunkenen Humanitären Hilfslieferungen für den südosteuropäischen Raum – nach dem Ende der Kosovo-Krise – zurückzuführen ist.

Von den insgesamt 70 Meldern waren wie in den Vorjahren die Mitgliedsorganisationen der KOO, der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Internationale Entwicklung und Mission, die größten Geber. Die Entwicklungsorganisationen der Katho-

lischen Kirche meldeten insgesamt 541 Mio S an ausbezahlten Eigenmitteln, wobei die Beiträge für Pastoralhilfe aus dieser Summe bereits herausgerechnet wurden. Weitere große Geber sind untenstehender Tabelle zu entnehmen.

Die privaten Mittel verteilten sich im Jahr 2000 auf insgesamt ca. 130 Länder, wobei wie im Jahr 1999 die BR Jugoslawien der größte Empfänger war. Insgesamt ging der Anteil der Mittel für Europa aber von 42 % der Gesamtsumme auf 34 % zurück, während v. a. wieder mehr Projektmittel nach Afrika flossen. Eine detailliertere Aufstellung der Verteilung der privaten Mittel nach Ländern und Regionen ist den folgenden Tabellen zu entnehmen.

Tabelle 14:

Zuschüsse privater Organisationen 1995 bis 2000 in Mio S

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2000 in €
Zuschüsse gesamt	469	531	550	630	1.214	1.068	77,61
Mitgliedsorganisationen der KOO	356	350	295	330	678	541	39,32
davon <i>Entwicklungshilfe</i>	258	288	281	255	380	420	30,52
<i>Katastrophenhilfe</i>	47	13	14	31	249	66	4,80
<i>Bildung</i>	22	49	—	45	49	54	3,92
andere private Hilfsorganisationen	114	181	255	300	536	527	38,30

Tabelle 15:**Die größten privaten Geber 2000
in Mio S**

Private Geber		
Zuschüsse aller NROs gesamt		1.068
davon	Mitgliedsorganisationen der KOÖ	541
	Österreichisches Rotes Kreuz	208
	Ärzte ohne Grenzen Österreich	43
	UNICEF Österreich	36
	SOS Kinderdorf International	29
	CBM Christoffel Blinden Mission	24
	Malteser Hospitaldienst Austria	23
	Menschen für Menschen	22
	Hilfswerk Austria	19
	Österr. Aussätzigen-Hilfswerk	17
	Entwicklungshilfe-Klub	16

Anmerkung:

Die dargestellten Eigenmittel der NROs basieren auf den Meldungen der Organisationen an die ÖFSE, auf Jahresberichten und anderen Publikationen; sie weichen von den dort präsentierten Zahlen aber dahingehend ab, dass nicht der Umsatz einer Organisation, sondern – unter Herausrechnung öffentlicher Finanzierungen oder Weiterleitungen anderer Organisationen – ausschließlich die von einer Organisation privat aufgebrachten Mittel für Programme und Projekte dargestellt werden sollen.

Tabelle 16:**Die Empfängerländer privater Zuschüsse 2000
in Mio S**

Empfängerländer		
Gesamtsumme		1.068,46
	BR Jugoslawien	203,46
	nicht zuordenbar	87,15
	Indien	59,09
	Österreich	58,45
	Rumänien	55,03
	Äthiopien	48,61
	Mosambik	30,00
	Nicaragua	28,18
	Brasilien	26,14
	Russische Föderation	24,58
	Philippinen	23,27
	Kenia	20,85
	Bosnien Herzegowina	19,84
	Uganda	18,59
	Sudan	15,77
	Kongo, Dem. Rep.	14,39
	Ecuador	13,72
	CEECs/NIS übergreifend	13,19
	Kuba	11,84
	Peru	11,08

Tabelle 17:**Die Zuschüsse der NROs 2000,
aufgeteilt auf Regionen in Mio S**

Regionen		
	Europa	365
	Afrika	243
	Asien	157
	Amerika	150
	Ozeanien	7
	nicht zuordenbar*	146
Gesamt		1.068

*inkl. Maßnahmen in Österreich

Andreas Loretz, ÖFSE

DIE ÖFFENTLICHE ÖSTERREICHISCHE OSTHILFE 2000

Unter dem Begriff „Osthilfe“ werden in Österreich Unterstützungsmaßnahmen für 27 Staaten Mittel- und Osteuropas, Südosteuropas sowie der ehemaligen UdSSR verstanden. Darunter befinden sich sowohl Länder von Teil I der DAC-Empfängerländerliste (Part I), also ODA-Empfänger, wie auch die sogenannten Transformationsländer, die Empfänger von Official-Aid (OA) von Teil II der Empfängerländerliste (Part II) sind.

Die „Osthilfe-Statistik“ enthält also viele Leistungen, die auch in die EZA-Statistik aufgenommen werden. In Fortführung der Praxis der letzten Jahre werden die öffentlichen Osthilfeleistungen für alle Empfängerländer in den folgenden Tabellen kurz dargestellt. Die Osthilfestatistik, die bis April 2000 im Auftrag der Abteilung für OstZusammenArbeit im Bundeskanzleramt erstellt wurde und seither vom Referat für Ostförderung im BMaA verantwortet wird, basiert auf den von der EU erstellten und inzwischen eingestellten sogenannten G-24 „scoreboards“. Diese unterschieden sich in wesentlichen Punkten von der DAC-Statistik. Die Darstellung in diesem Beitrag wurde der EZA-Statistik angeglichen und hält sich weitgehend an die DAC-Richtlinien, einzig die „Indirekten Studienplatzkosten“ werden analog zu den Vorjahren nicht berücksichtigt, wodurch sich Differenzen zur DAC-Statistik ergeben. Summiert auf alle ODA-Empfängerländer, bei denen die „Indirekten Studienplatzkosten“ an das DAC gemeldet wurden, beläuft sich diese Differenz auf 220 Mio S.

Ohne diese Mittel beliefen sich die öffentlichen Osthilfeleistungen im Jahr 2000 auf 3.913,63 Mio S (284,41 Mio €). Die Entwicklung der öffentlichen Leistungen kann anhand der untenstehenden Zeitreihe bis 1995 zurückverfolgt werden.

Leistungen im Sinne der Osthilfe wurden von verschiedenen öffentlichen Stellen wie Ministerien, Länder und Gemeinden, aber auch Institutionen wie der Nationalbank, dem Rechnungshof oder der Wirtschaftskammer im Rahmen ihrer spezifischen Tätigkeiten erbracht. Die Anteile der einzelnen Stellen können der Tabelle über die Geber öffentlicher Osthilfeleistungen im Jahr 2000 entnommen werden.

Die sogenannte „OstZusammenArbeit“ (OZA) als Kern der österreichischen Osthilfe, vergleichbar der gestalt-

baren Programm- und Projekthilfe in der EZA, die sich auch um die Koordination der öffentlichen Osthilfeleistungen bemühte, war bis März 2000 bei der Sektion IV des Bundeskanzleramtes angesiedelt. Im Rahmen der Bildung einer neuen österreichischen Bundesregierung wechselte die zuständige Abteilung mit April 2000 in das Außenministerium, wo sie nun ein Referat für Ostförderung (Ref. VII. 2e) in der Sektion für Entwicklungszusammenarbeit ist.

Bei der Struktur der Auszahlungen der gesamten Osthilfeleistungen im Jahr 2000 zeigt sich ein ähnliches Bild wie 1999. Der Anstieg um ca. 289 Mio S von 3,62 auf 3,91 Mrd S ist v. a. auf die Zinssatzreduktion für Polen zurückzuführen, die sich im Jahr 2000 stärker im Budget niederschlug. Hinter Polen rangiert wieder die Kategorie „Länderübergreifend“ mit den multilateralen Beiträgen (EU, EBRD) an zweiter Stelle der Empfänger, gefolgt von der BR Jugoslawien und Bosnien Herzegowina. In der BR Jugoslawien wurde der starke Rückgang der Humanitären Hilfe nach dem Ende der Kosovo-Krise durch Projekte im Bereich „Demokratie und Menschenrechte“ teilweise kompensiert, während in Bosnien eine neu vereinbarte Schuldenerleichterung im Rahmen einer Zinssatzreduktion mit 157 Mio S zu Buche schlug und so die rückläufigen Projektmittel teilweise ausglich.

Insgesamt zeigt sich im Jahr 2000 – abgesehen von der Zinssatzreduktion für Polen und den multilateralen Beiträgen – wiederum eine Konzentration der Mittel auf den südosteuropäischen Raum. Die Humanitären Hilfsmaßnahmen, die im Jahr 1999 aufgrund der Kosovo-Krise dominierten, gingen stark zurück, dafür flossen verstärkt Projektmittel, v. a. in die Sektoren „Bildung“ und „Regierung und Zivile Gesellschaft“. Die genaue geografische und sektorielle Verteilung der Mittel findet sich in den untenstehenden Tabellen.

Auch im Bereich des Referats für Ostförderung des BMaA standen Maßnahmen für den Wiederaufbau der Krisenregionen am Balkan im Mittelpunkt, wobei die Beteiligung Österreichs am Stabilitätspakt für Südosteuropa wesentlichen Einfluss auf den Charakter der verstärkt länderübergreifenden Projekte (Förderung der regionalen Zusammenarbeit) hatte. So hatte Österreich

im Rahmen des Stabilitätspaktes den Vorsitz in der Task Force „Bildung & Jugend“ inne, wodurch Projekte im Sektor „Bildung“ besonders gefördert wurden. Die geografische und sektorielle Schwerpunktsetzung der Fördermaßnahmen ist im Ostkonzept 2000/2001 des Referats für Ostförderung des BMA festgelegt und in untenstehenden Tabellen über deren Leistungen ausgewiesen.

Im internationalen Kontext nimmt Österreich auf dem Gebiet der Osthilfeleistungen seit Jahren eine führende Position unter den Gebern ein. Auch 1999 war Österreich – wie bereits 1998 – gemessen am prozentuellen BNP-Anteil der gesamten Osthilfeleistungen der größte

Geber und lag mit einem Anteil von 0,14 % weit über dem DAC-Durchschnitt von 0,03 %. Der unten angeführte internationale Vergleich ist in dieser Form in keiner OECD-Publikation enthalten. Die Zahlen stellen also eigene, auf verschiedenen OECD-Publikationen basierende Berechnungen dar, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können, aber einen seriösen Vergleich ermöglichen. Die Summen enthalten alle bilateralen öffentlichen Leistungen für alle 27 Staaten von Part I und Part II der DAC-Liste, sowie jene multilateralen Leistungen, die eindeutig Part II der DAC-Liste zuzuordnen sind.

Tabelle 18:

Die öffentliche Osthilfe und der ODA-Anteil 1995 bis 2000 in Mio S

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2000 Mio €
Öffentliche Osthilfe gesamt	4.538,89	3.365,36	2.929,93	3.139,30	3.624,90	3.913,63	284,41
davon ODA	1.371,62	935,70	729,29	770,45	1.273,62	1.127,79	81,96
in %	30,22	27,80	24,89	24,54	35,14	28,82	28,82
OstZusammenArbeit/Ostförderung	232,06	316,39	222,69	271,73	291,97	293,23	21,31
davon ODA	118,33	214,75	177,67	210,29	237,03	226,02	16,43
in %	50,99	67,87	79,78	77,39	81,18	77,08	77,08

Die Daten 95 sind Näherungswerte, jene der OZA enthalten u. U. auch Projekte der BKA-Abt. für Katastrophenhilfe.

Tabelle 19:

Die Geber der österreichischen Osthilfeleistungen 2000 in Mio S

Geber	Auszahlung	
	Mio S	in %
Bundeskanzleramt	39,68	1,01
BM für auswärtige Angelegenheiten	442,42	11,30
BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur	140,20	3,58
BM für Finanzen	2.925,45	74,75
davon Zinssatzreduktion Polen	1.840,06	47,02
Beiträge für EU-Programme	830,33	21,22
BM für Inneres	133,75	3,42
BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	30,81	0,79
BM für Landesverteidigung	106,55	2,72
BM für soziale Sicherheit und Generationen	0,30	0,01
BM für Wirtschaft und Arbeit	4,86	0,12
Bundesländer	67,47	1,72
Gemeinden	0,46	0,01
Andere öffentliche Stellen	21,69	0,55
Gesamt	3.913,63	100,00

Tabelle 20:

Öffentliche Osthilfeleistungen 2000 in Mio S

Land	Auszahlung	Land	Auszahlung
Albanien	64,71	Belarus	1,20
Bosnien Herzegowina	284,76	Bulgarien	13,09
BR Jugoslawien	356,13	Estland	1,11
FYROM – Mazedonien	33,50	Lettland	1,17
Kroatien	19,61	Litauen	1,61
Moldowa	1,93	Polen	1.845,17
NUS-Kaukasus	19,49	Rumänien	53,01
NUS-Zentralasien	8,13	Russische Föderation	14,41
Slowenien	3,42	Slowakei	30,16
Länderübergreifend	336,10	Tschechien	29,05
<i>davon multilateral</i>	289,26	Ukraine	8,58
Part I (ODA) gesamt	1.127,79	Ungarn	47,80
		Länderübergreifend	739,48
		<i>davon multilateral</i>	643,75
		Part II (OA) gesamt	2.785,85
Gesamtergebnis (ODA & OA)			3.913,63
<i>davon multilateral</i>			933,01
Gesamt in Mio €			284,41

Tabelle 21:

Die bilaterale öffentliche Osthilfe 2000, gegliedert nach Sektoren in Mio S

Sektor Code	Bezeichnung	Auszahlung ODA	Auszahlung OA	Auszahlung OA & ODA
110	Bildung	89,29	116,32	205,61
120	Gesundheit	17,06	16,08	33,13
130	Bevölkerungspolitik-Progr. & reprod. Gesundheit	—	—	—
140	Wasser-Versorgung und sanitäre Einrichtungen	73,91	10,80	84,71
150	Regierung (Verwaltung) und Zivile Gesellschaft	258,42	24,53	282,95
160	Andere soziale Infrastruktur und Leistungen	33,58	12,14	45,72
100	Soziale Infrastruktur und Leistungen	472,26	179,86	652,13
210	Transport und Lagerhaltung	0,02	—	0,02
220	Kommunikation	—	—	—
230	Energieerzeugung und -verteilung	21,85	7,92	29,77
240	Banken und Finanzwesen	—	—	—
250	Geschäftswesen und andere Leistungen	0,06	0,24	0,30
200	Wirtschaftliche Infrastruktur und Leistungen	21,93	8,16	30,09
310	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	—	1,42	1,42
320	Industrie und Gewerbe, Bergbau und Bauwesen	5,40	6,52	11,92
330	Handel und Tourismus	4,09	1,92	6,02
300	Produzierende Sektoren	9,49	9,86	19,36
410	Umweltschutz allgemein	5,60	32,92	38,52
420	Förderung von Frauen	—	—	—
430	Andere Multisektorielle Maßnahmen	12,07	—	12,07
400	Multisektorielle Maßnahmen	17,67	32,92	50,59
500	Waren- und Allgemeine Programmhilfe	—	—	—
600	Entschuldungsmaßnahmen	156,63	1.840,06	1.996,69
700	Katastrophen-/Soforthilfe	145,45	8,99	154,44
910	Verwaltungskosten der Geber	15,54	62,21	77,75
920	Unterstützung von NGOs	—	1,14	1,14
998	Nicht zuordenbar	-0,46	-1,11	-1,57
900	Sonstige und nicht zuordenbare Leistungen	15,09	62,24	77,32
Bilaterale öffentliche Osthilfe		838,52	2.142,09	2.980,62
<i>Multilaterale Leistungen (nicht sektoriell zugeordnet)</i>		<i>289,26</i>	<i>643,75</i>	<i>933,01</i>
Öffentliche Osthilfeleistungen gesamt		1.127,79	2.785,85	3.913,63
Öffentliche Osthilfeleistungen in Mio € gesamt		81,96	202,46	284,41

Tabelle 22:

Die Ostförderung des BMaA VII.2e 2000 nach Ländern in Mio S

Land	Auszahlung	
	Mio S	in %
Albanien*	45,97	15,7
Armenien	1,50	0,5
Bosnien Herzegowina*	38,72	14,5
BR Jugoslawien*	53,94	18,4
FYROM – Mazedonien*	28,08	9,6
Kroatien*	12,08	4,1
Kirgisistan	4,30	1,5
Slowenien	0,01	0,0
Länderübergreifend (v. a. SO-Europa*)	41,43	14,1
Part I (ODA) gesamt	226,02	77,1
Belarus	0,41	0,1
Bulgarien*	4,77	1,6
Rumänien*	41,67	14,2
Slowakei	3,08	1,1
Tschechien	0,04	0,0
Ukraine	0,01	0,0
Länderübergreifend	17,24	5,9
Part II (OA) gesamt	67,21	22,9
Gesamt (ODA & OA)	293,23	100,0
*Schwerpunktländer/-regionen	266,65	90,9
Gesamt in Mio €	21,31	100,0

Tabelle 23:

Die Ostförderung des BMaA VII.2e 2000 nach Sektoren in Mio S

Sektor Code	Bezeichnung	Auszahlung	
		Mio S	in %
110	Bildung*	47,96	16,4
120	Gesundheit	21,06	7,2
140	Wasser-Versorgung und sanitäre Einrichtungen*	84,71	28,9
150	Regierung (Verwaltung) und Zivile Gesellschaft*	28,42	9,7
160	Andere soziale Infrastruktur und Leistungen	21,92	7,5
210	Transport und Lagerhaltung	0,02	0,0
230	Energieerzeugung und -verteilung*	29,68	10,1
310	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	1,00	0,3
320	Industrie und Gewerbe, Bergbau und Bauwesen*	11,77	4,0
330	Handel und Tourismus	5,65	1,9
410	Umweltschutz allgemein*	6,57	2,2
430	Andere Multisektorielle Maßnahmen	12,07	4,1
700	Katastrophen-/Soforthilfe	3,80	1,3
910	Verwaltungskosten des Gebers	20,47	7,0
998	Nicht zuordenbar	-1,86	-0,6
	Gesamt	293,23	100,0
	<i>*ungefähr den Schwerpunktsektoren entsprechend</i>	<i>209,11</i>	<i>71,3</i>
	Gesamt in Mio €	21,31	100,0

Tabelle 24:

Die Osthilfe Österreichs im internationalen Vergleich 1999 in Mio US \$

	Gesamte Osthilfe OA & ODA	in % des GNP	davon OA für CEECs/NIS	OA für CEECs/NIS in % des GNP
Österreich	285,60	0,14	182,20	0,09
Belgien	95,20	0,04	80,20	0,03
Kanada	216,20	0,04	163,60	0,03
Dänemark	135,30	0,08	127,70	0,07
Finnland	112,90	0,09	76,10	0,06
Frankreich	706,80	0,05	532,60	0,04
Deutschland	1.074,30	0,05	792,20	0,04
Griechenland	80,20	0,06	10,40	0,01
Italien	213,10	0,02	91,70	0,01
Japan	411,70	0,01	62,70	0,00
Luxemburg	14,40	0,08	2,50	0,01
Niederlande	193,30	0,05	21,80	0,01
Norwegen	196,70	0,13	27,80	0,02
Portugal	30,10	0,03	28,00	0,03
Spanien	92,90	0,02	11,90	0,00
Schweden	178,00	0,08	98,80	0,04
Schweiz	202,50	0,07	68,80	0,03
Großbritannien	403,50	0,03	325,10	0,02
USA	3.150,80	0,03	2.531,00	0,03
DAC gesamt	7.850,10	0,03	5.235,20	0,02

Anmerkung: Die Summe „DAC gesamt“ und die Summe der Geberländer sind unterschiedlich, da in der Tabelle nicht alle DAC-Mitglieder angeführt sind, „DAC gesamt“ sich aber auf alle Mitgliedsstaaten bezieht.

Quellen: OECD, Development Cooperation Report 2000. OECD, International Development Statistics, CD-ROM 2001 Edition. Eigene Berechnungen der ÖFSE.

Begriffserklärungen

ODA „Official Development Assistance“ – Öffentliche Entwicklungshilfe

Das sind jene Leistungen, welche

- von öffentlichen Stellen vergeben werden
- die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Partnerlandes zum Ziel haben
- ein Zuschusselement von mindestens 25 % aufweisen und
- an ein Empfängerland des Teils I der DAC-Länderliste gehen, d. h. an ein sogenanntes „Entwicklungsland“ bzw. ODA-Empfängerland

OA „Official Aid“ – Öffentliche Hilfe

Das sind jene Leistungen, welche

- von öffentlichen Stellen vergeben werden
- die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Partnerlandes zum Ziel haben
- ein Zuschusselement von mindestens 25 % aufweisen und
- an ein Empfängerland des Teils II der DAC-Länderliste gehen, d. h. an ein Land in einem Übergangsstadium

Zuschusselement „Grant Element“

Es gibt den Grad der Vergünstigung eines Darlehens oder Kredits an, dessen Bedingungen (Verzinsung, Laufzeit, tilgungsfreie Zeit) von den marktüblichen Bedingungen abweichen. Ein reiner Zuschuss (grant) hat ein 100%iges Zuschusselement, bei Marktbedingungen ist es gleich Null.

OECD „Organisation for Economic Co-operation and Development“ – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Gründungsjahr 1961, Sitz in Paris. Die Organisation ist ein bedeutendes Koordinierungsinstrument der Wirtschaftspolitik der westlichen Industrieländer. Ihre Ziele sind: hohes Wirtschaftswachstum, hoher Beschäftigungsgrad, finanzielle Stabilität in den Mitgliedsländern, Steigerung des Welthandels und Unterstützung der Entwicklungsländer.

Bilaterale Entwicklungshilfe

Das Geberland bestimmt direkt den Empfänger (Entwicklungsland oder Empfänger von Subventionen für entwicklungspolitische Aktivitäten).

Multilaterale Entwicklungshilfe

Das Geberland leistet Beiträge an multilaterale Organisationen (z. B. UN-Familie) und internationale Finanzinstitutionen (z. B. Weltbank, regionale Entwicklungsbanken), die ihrerseits Programme und Einzelmaßnahmen für Entwicklungshilfe-Aktivitäten beschließen.

DAC „Development Assistance Committee“ – Ausschuss für Entwicklungshilfe der OECD

Gründungsjahr 1961, Sitz in Paris. Zu seinen Aufgaben gehört die Unterstützung der Entwicklungsländer. Die Organisation prüft und veröffentlicht jährlich die Entwicklungshilfeleistungen der Mitgliedstaaten.

ERP-Fonds

Das European Recovery Programme der Vereinigten Staaten diente im Rahmen des Marshall-Plans nach dem Zweiten Weltkrieg dem Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft. Nach Abschluss des Programms wurde das Verfügungsrecht über die vorhandenen Mittel Österreich überlassen. Im Rahmen dieses Fonds können auch Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden.

Sector Wide Approaches – SWAPs

Dies sind mittelfristige, gemeinsam erstellte Programme, die abzielen auf

- die Entwicklung von Sektorpolitiken / -strategien,
- die Prognose der vorhandenen Ressourcen und geplanten Ausgaben
- die Erstellung von Managementsystemen von Regierungen und Gebern, um die schrittweise Einführung der gemeinsamen Managementarrangements zu unterstützen
- Durchführung von institutionellen Reformen und Entwicklung von Kapazitäten, in Übereinstimmung mit den vereinbarten Politiken.

DAC-Liste der Empfängerländer – geordnet nach Entwicklungsstand

Gültig für Leistungen ab 1. 1. 2000

Entwicklungsländer und Gebiete (Öffentliche Entwicklungshilfe – ODA)

LLDC	Andere LIC	
Afghanistan	Armenien*	Kolumbien
Angola	Aserbaidshan*	Kuba
Äquatorialguinea	China	Marokko
Äthiopien	Côte d'Ivoire	Marshallinseln
Bangladesch	Ghana	Mazedonien
Benin	Honduras	Mikronesien
Bhutan	Indien	Namibia
Burkina Faso	Indonesien	Niue
Burundi	Kamerun	Palästinensische Autonomie- gebiete
Dschibuti	Kenia	Papua-Neuguinea
Eritrea	Kirgisistan*	Paraguay
Gambia	Kongo, Rep.	Peru
Guinea	Korea, Dem. VR	Philippinen
Guinea-Bissau	Moldova*	Sri Lanka
Haiti	Mongolei	St. Vincent und die Grenadinen
Jemen	Nicaragua	Südafrika
Kambodscha	Nigeria	Suriname
Kap Verde	Osttimor+	Swasiland
Kiribati	Pakistan	Syrien
Komoren	Senegal	Thailand
Kongo, Dem. Rep.	Simbabwe	Thailand
Laos	Tadschikistan*	Tokelau+
Lesotho	Turkmenistan*	Tonga
Liberia	Vietnam	Tunesien
Madagaskar		Usbekistan*
Malawi	LMIC	Wallis und Futuna+
Malediven	Ägypten	
Mali	Albanien*	UMICs
Mauretanien	Algerien	Botsuana
Mosambik	Belize	Brasilien
Myanmar	Bolivien	Chile
Nepal	Bosnien und Herzegowina	Cookinseln
Niger	Costa Rica	Gabun
Ruanda	Dominica	Grenada
Salomonen	Dominikanische Rep.	Kroatien
Sambia	Ecuador	Libanon
Samoa	El Salvador	Malaysia
São Tomé und Príncipe	Fidschi	Mauritius
Sierra Leone	Georgien*	Mayotte+
Somalia	Guatemala	Mexiko
Sudan	Guyana	Nauru
Tansania	Irak	Palau
Togo	Iran	Panama
Tschad	Jamaika	St. Helena+
Tuvalu	Jordanien	St. Lucia
Uganda	Jugoslawien	Trinidad und Tobago
Vanuatu	Kasachstan*	Türkei
Zentralafri. Rep.		

Länder und Gebiete in einem Übergangsstadium (Official Aid – OA)

CEEC/NIS	MAD
Belarus*	Aruba+
Bulgarien*	Bahamas
Estland*	Bermudas+
Lettland*	Brit. Jungfern- inseln
Litauen*	Brunei
Polen*	Chines. Taipei (Taiwan)
Rumänien*	Falklandinseln+
Russische Föderation*	Französisch- Polynesien+
Slowakei*	Gibraltar+
Tschechische Rep.*	Hongkong, China+
Ukraine*	Israel
Ungarn*	Kaimaninseln+
	Katar
	Korea, Rep.
	Kuwait
	Lybien
	Macau+
	Neukaledonien+
	Niederländ. Antillen+
	Nördl. Marianen
	Singapur
	Verein. Arabische Emirate
	Zypern

UMIC/WBLoan

Anguilla+
Antigua und
Barbuda
Argentinien
Bahrain
Barbados
Montserrat+
Oman
Saudi-Arabien
Seychellen
St. Kitts und Nevis
Turks- und
Caicosinseln

HICs

Malta•
Slowenien•

LLDC: Least Developed Countries

Other LIC: Other low Income Countries
(pro-Kopf-BNP 1998 < US \$ 760)

LMIC: Lower Middle Income Countries and Territories
(pro-Kopf-BNP 1998 US \$ 761–US \$ 3030)

UMIC: Upper Middle Income Countries and Territories
(pro-Kopf-BNP 1998 US \$ 3031–US \$ 9360)

UMIC/WBLoan: Schwelle für WeltbankKreditwürdigkeit
(pro-Kopf-BNP 1995 US \$ 5280)

HIC: High Income Countries and Territories
(pro-Kopf-BNP 1998 > US \$ 9360)

CEEC/NIS: Central and Eastern European Countries and New Independent States of the former Soviet Union

MAD: More Advanced Developing Countries and Territories

+ abhängige Gebiete

* Central and Eastern European countries and New Independent States of the former Soviet Union (CEECs/NIS)

• Diese Staaten bzw. abhängigen Gebiete werden am 1. 1. 2003 in Teil 2 der Liste übernommen, falls keine Ausnahme vereinbart wird.

Abkürzungsverzeichnis

AKP-Staaten	71 Staaten von Afrika, Karibik und Pazifik
AsDB	Asian Development Bank/Asiatische Entwicklungsbank
ASDF	Asian Development Fund/Asiatischer Entwicklungsfonds
BMaA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BKA	Bundeskanzleramt
BM:BWK	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, und Kultur
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Gewässerschutz und Umwelt
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
BMSG	Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen
BMWA	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
BNE	Bruttonationaleinkommen
CAS	Country Assistance Strategy
CDF	Comprehensive Development Framework
CEECs	Central and Eastern European Countries / Zentral- und Osteuropäische Staaten
CGIAR	Consultative Group on International Agricultural Research
DAC	Development Assistance Committee / Entwicklungshilfekomitee der OECD
ECRE	European Council on Refugees and Exiles
ERP	European Recovery Programme / Europäisches Wiederaufbauprogramm
ESAF	Enhanced Structural Adjustment Facility / Erweiterte Strukturanpassungsfazilität
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations / Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
GEF	Global Environment Facility / Globale Umweltfazilität
HICs	High Income Countries / Länder mit hohem Einkommen
HIPC	Highly Indebted Poor Country
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development / Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
IDA	International Development Agency / Internationale Entwicklungsagentur
IDB	Interamerican Development Bank / Interamerikanische Entwicklungsbank
IFC	International Finance Corporation / Internationale Finanzkorporation
IWF/IMF	Internationaler Währungsfonds
JSA	Joint Staff Assessmen
JPO	Junior Professional Programme
KOO	Koordinierungstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission

LDCs	Least Developed Countries / Am wenigsten entwickelte Länder
LICs	Low Income Countries / Länder mit geringem Einkommen
LMICs	Lower Middle Income Countries / Länder mit geringem bis mittlerem Einkommen
MICs	Upper Middle Income Countries / Länder mit mittlerem bis hohem Einkommen
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur
MOEL	Mittel- und Osteuropäische Länder
NGO	Non Governmental Organisation Nichtregierungsorganisation
NICs	New Independent Countries Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion
OA	Official Aid
ODA	Official Development Assistance Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OOF	Other Official Flows
PFP	Policy Framework Paper
PRGF	Poverty Reduction and Growth Facility
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper
PRSC	Poverty Reduction Strategy Credit
SWAP	Sector Wide Approach
UMICs	Upper Middle Income Countries / Länder mit mittlerem bis hohem Einkommen
UNDP	United Nations Development Programme / Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNIDF	United Nations Industrial Development Fund
UNESCO	United Nations Educational Scientific and Cultural Organization / Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
UNICEF	United Nations Children's Fund / Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization – Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung
WFP	World Food Programme / Welternährungsprogramm
WHO	World Health Organization / Weltgesundheitsorganisation

Weitere Erklärungen von entwicklungspolitischen Begriffen finden sich auf <http://www1.oecd.org/dacl/html/glossary.htm>